

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

3. Ex.

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Frühjahr 1994

Die Lage der Weltwirtschaft	229
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	237
Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland	247

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 16-17/94

Berlin

Bibliothek

28. April 1994

61. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1994

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., München:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 21. April 1994

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Im Laufe des Winterhalbjahrs 1993/94 hat sich die Lage der Weltwirtschaft verbessert. Das kräftige Wirtschaftswachstum in vielen Entwicklungsländern Südostasiens und Lateinamerikas hielt unvermindert an, und in den Industrieländern gab es deutliche Fortschritte bei der Überwindung der mehrjährigen Konjunkturschwäche. Der Aufschwung in den USA verstärkte sich nochmals. Zugleich kam es in Westeuropa zu einer leichten Belebung. Dagegen befand sich Japan noch im Konjunkturtief. Kapazitätsauslastung und Beschäftigung nehmen bisher lediglich in Nordamerika zu; in den meisten anderen Industrieländern hat sich indes der Rückgang verlangsamt. Der Preisanstieg schwächte sich nochmals leicht ab; er ist nunmehr

so gering wie zuletzt nach dem Ölpreissturz Mitte der achtziger Jahre. Auf den Weltrohstoffmärkten vollzog sich eine Wende; wie in Phasen weltweiter Konjunkturbesserung üblich, stiegen die Notierungen allgemein an. Lediglich Erdöl hat sich aufgrund des starken Angebotsdrucks weiter verbilligt.

Die Anstöße für die Weltkonjunktur gingen insbesondere von der geldpolitischen Lockerung in den letzten Jahren aus. In den USA, wo die Notenbank sehr früh einen expansiven Kurs eingeschlagen hatte, werden vor allem die Investitionen seit geraumer Zeit kräftig ausgeweitet. Nach der jüngsten Beschleunigung der konjunkturellen Expansion hob die Zentralbank die Sätze für Federal Funds — auch im Hinblick auf die steigenden Zinsen am Kapitalmarkt — in

den letzten Monaten leicht an, um Inflationsbefürchtungen frühzeitig entgegenzuwirken. In den westeuropäischen Volkswirtschaften, wo die geldpolitische Lockerung später als in den USA begonnen hatte, wurden die Leitzinsen weiter herabgesetzt; in einer zunehmenden Zahl von Ländern wurden sie bis auf ein Niveau wie in Deutschland zurückgenommen, verschiedentlich sogar darunter. Überall liegen die kurzfristigen Zinsen nun unter den langfristigen. Auch die Expansion der Geldmenge deutet darauf hin, daß von der Geldpolitik in Westeuropa zumeist anregende Wirkungen ausgingen. Dagegen gelang es der Zentralbank in Japan selbst mit einer weiteren Herabsetzung des ohnehin sehr niedrigen Geldmarktzinses noch nicht, die Zurückhaltung in den Dispositionen des privaten Sektors zu überwinden, die vor allem auf die übersteigerte Kreditausweitung im letzten Aufschwung und den sich daraus ergebenden Konsolidierungsbedarf sowie auf den Schock der überaus starken Aufwertung des Yen zurückzuführen ist.

Die Finanzpolitik ist in vielen Ländern, namentlich aber in den USA auf Konsolidierung gerichtet. Die amerikanische Regierung senkte insbesondere durch ein Bremsen des Ausgabenanstiegs das Budgetdefizit schon im vergangenen Jahr deutlich über das konjunkturbedingte Maß hinaus. Die Konsolidierung wird im laufenden Jahr fortgeführt, vor allem mit beträchtlichen Abgabenerhöhungen. In den westeuropäischen Ländern gab es im einzelnen recht unterschiedliche Tendenzen. Überwiegend haben die Regierungen aber ihre Bemühungen um Konsolidierung mit dem Ziel verstärkt, Vertrauen in die Finanzpolitik zu schaffen. Anders als noch im Jahr 1993 sind daher die automatischen Stabilisatoren in diesem Jahr vermutlich nicht mehr voll wirksam; das zusammengefaßte Finanzierungsdefizit in Westeuropa dürfte sich indes bei der nur allmählichen Konjunkturbesserung kaum schon verringern. In Japan wird das gesamtstaatliche Defizit deutlich zunehmen; die trotz vielfältiger Ankurbelungsmaßnahmen noch schwache Konjunktur soll mit einem weiteren Ausgabenprogramm und massiven Steuersenkungen angeregt werden.

Konsolidierungsbestrebungen wirken grundsätzlich dämpfend auf die langfristigen Zinsen. In den USA werden sich diese wegen hoher Kreditnachfrage und leicht anziehender Inflation allerdings weiter erhöhen; der Anstieg wird aber nach dem Schub im vergangenen Winterhalbjahr mäßig sein. Die Kapitalmarktzinsen in Westeuropa, wo sich die Konjunktur nur allmählich belebt und der Preisauftrieb moderat bleibt, werden dieser Aufwärtsbewegung voraussichtlich nicht folgen. Für die USA ist mit einer nur moderaten weiteren Anhebung der Leitzinsen zu rechnen, bei der der monetäre Spielraum für eine Fortsetzung des — wenn auch verlangsamten — Aufschwungs erhalten bleibt. In Westeuropa werden die Zentralbanken voraussichtlich mit weiteren Zinssenkungen dazu beitragen, daß sich die Auftriebskräfte entfalten. Auch in Japan dürften die Geldmarktzinsen angesichts der schleppenden Konjunktorentwicklung, des starken Yen und der — wegen des hohen Lei-

stungsbilanzüberschusses bestehenden — Spannungen mit dem wichtigsten Außenhandelspartner USA nochmals herabgesetzt werden. Bei dieser Zinsentwicklung ist mit einer leichten Höherbewertung des Dollars insbesondere gegenüber den europäischen Währungen zu rechnen; deren Wechselkurse untereinander werden sich im weiteren Verlauf des Jahres vermutlich nicht wesentlich verändern.

Die geld- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen lassen erwarten, daß die weltwirtschaftliche Belebung an Breite gewinnt. Unter den Industrieländern wird die Wirtschaft der USA weiterhin am stärksten expandieren, wenngleich das Tempo der Aufwärtsbewegung — auch aufgrund fortgesetzter geldpolitischer Bemühungen um Verstärkung — etwas nachlassen wird. Nach wie vor werden vor allem die Anlageinvestitionen zu einer kräftigen Expansion der Inlandsnachfrage beitragen. Dies wird über einen weiterhin erheblichen Anstieg der Einfuhr auf die übrige Welt ausstrahlen.

Die Prognose für Japan ist aufgrund der anhaltenden Konsolidierungsprobleme bei Banken und Unternehmen sowie der schwer einschätzbaren Folgen des Aufwertungschocks mit besonders großer Unsicherheit behaftet. Die ausgeprägte Niedrigzinspolitik läßt aber erwarten, daß sich die Nachfrage im Verlauf dieses Jahres wohl doch verstärkt; die angekündigte kräftige Senkung der Einkommensteuer vergrößert die Wahrscheinlichkeit dafür. Dies gilt namentlich für den privaten Konsum, doch dürfte zugleich der Rückgang der Investitionen zum Stillstand kommen und schließlich von einer Belebung abgelöst werden. Die massive Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit seit dem Herbst 1992 dürfte zu einer weiteren Verringerung des realen Außenbeitrags führen.

In den westeuropäischen Ländern fördert die Abwertung ihrer Währungen gegenüber Dollar und Yen die Ausfuhr in die übrige Welt. Vor allem aber werden die geldpolitischen Anregungen spürbarer werden. Aufgrund der wieder höheren Attraktivität von Sachanlagen gegenüber Finanzanlagen und sich bessernder Ertragsperspektiven wird die Investitionsneigung zunehmen. Der private Verbrauch wird vorerst nur schwach expandieren, zumal die Einkommen durch Steuer- und Abgabenerhöhungen geschmälert werden. Alles in allem dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung allmählich verstärken.

In den Industrieländern insgesamt werden Nachfrage und Produktion in diesem Jahr deutlicher steigen, wenn auch das zu erwartende Tempo noch unter dem des Wachstums des Produktionspotentials bleibt; erst in wenigen Ländern, vor allem in den USA und Kanada, geht es darüber hinaus. Im Jahresergebnis 1994 expandiert das zusammengefaßte reale Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer mit 2 vH etwa doppelt so stark wie im Vorjahr, und im nächsten Jahr wird sich der Zuwachs, bei nachlassendem Konjunkturgefälle von Land zu Land, nochmals vergrößern. Die Arbeitslosigkeit nimmt in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften und in Japan zu-

nächst noch zu. Die Verbraucherpreise werden sich im laufenden Jahr um durchschnittlich 2,5 vH erhöhen und auch im nächsten kaum schneller steigen. Deutlich stärker als in den Industrieländern wird das Wirtschaftswachstum weiterhin in vielen Entwicklungsländern sein. In Mittel- und Osteuropa scheint lediglich in den kleineren, im Transformationsprozeß stärker vorangekommenen Ländern die Tal-fahrt beendet zu sein, nicht dagegen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Aufgrund der wieder aufwärtsgerichteten Konjunktur in den Industrieländern und der anhaltend starken Dynamik in vielen Entwicklungsländern expandiert auch der Welt-handel rascher. Sein Volumen dürfte 1994 mit 5 bis 6 vH fast doppelt so stark ausgeweitet werden wie im Vorjahr; der Zuwachs wird sich im nächsten Jahr wahrscheinlich noch etwas erhöhen. Dabei wirken sich die Vereinbarungen über Zollsenkungen und den Abbau von Handels-hemmnissen im Rahmen der jüngsten GATT-Runde noch nicht nennenswert aus. Aber der erfolgreiche Abschluß der langjährigen Verhandlungen ist eine Gewähr dafür, daß die in den letzten Jahrzehnten in mehreren derartigen Runden vorangetriebene Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung anhält. Dies ist eine der wichtigsten Wachstumsbedingungen sowohl für die Industrieländer als auch für die Entwicklungsländer und die Länder im Transformationsprozeß.

Dynamische Aufwärtsentwicklung in den USA

Der Aufschwung in den USA hat sich im Winterhalbjahr verstärkt; das reale Bruttoinlandsprodukt stieg mit einer laufenden Jahresrate von rund 5 vH. Kapazitätsauslastung und Beschäftigung nahmen beschleunigt zu. Die Arbeitslosenquote ging auf zuletzt rund 6½ vH zurück und liegt damit nur noch um einen Prozentpunkt über dem Niveau im Jahr 1989, dem Höhepunkt des vorangegangenen Konjunkturzyklus. Treibende Kraft des Aufschwungs waren nach wie vor die Unternehmensinvestitionen, die im Winterhalbjahr um rund 15 vH zugenommen haben. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen entfalteten eine beträchtliche Dynamik. Ausschlaggebend waren die niedrigen Zinsen sowie die günstige Absatz- und Gewinnentwicklung der Unternehmen. Auch der Wohnungsbau expandierte kräftig. Der private Verbrauch nahm beschleunigt zu, da die rasch steigende Beschäftigung zu erhöhten Einkommen der privaten Haushalte führte. Die Exporte haben sich nach einer temporären Abflachung wieder belebt. Der Importsog blieb stark; der Außenbeitrag hat sich weiter passiviert.

Der Preisauftrieb war mäßig; der Anstieg der Verbraucherpreise verringerte sich sogar leicht. Zu Beginn des Jahres 1994 lag die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich bei rund 2½ vH. Die Löhne sind wieder etwas stärker gestiegen. Wegen der zuletzt hohen Produktivitätszunahme entstand allerdings kein Kostendruck bei den Unternehmen.

In der Fiskalpolitik wurde der Konsolidierungskurs fortgesetzt. Die öffentlichen Ausgaben gingen preisbereinigt leicht zurück. Für dieses Jahr sind zudem die Steuern deutlich erhöht worden. Begünstigt auch durch die konjunkturell bedingte Entlastung des Bundeshaushalts dürfte sich das Budgetdefizit im laufenden Haushaltsjahr um etwa ein Fünftel auf reichlich 200 Mrd. Dollar (3 vH des Bruttoinlandsprodukts) verringern. Diese Tendenz hält im nächsten Jahr an.

Die Geldpolitik blieb auf Expansion gerichtet. Die Notenbank hielt die kurzfristigen Zinsen bis in das laufende Jahr hinein bei 3 %. In den letzten Monaten wurden sie leicht angehoben, um Inflationsbefürchtungen entgegenzutreten. Einen Anstoß dazu gab auch der Anstieg der langfristigen Zinsen. Es ist zu erwarten, daß die kurzfristigen Zinsen im Verlauf dieses Jahres in kleinen Schritten weiter erhöht werden. Somit werden die expansiven Wirkungen der Geldpolitik allmählich schwächer werden.

Aufgrund der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist damit zu rechnen, daß sich der Aufschwung in diesem und im nächsten Jahr fortsetzt, doch wird sich das Tempo etwas verlangsamen. Der Anstieg der Zinsen wird die Finanzierung der Investitionen verteuern. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen dürften im Laufe des Jahres nicht mehr so positiv bleiben wie bisher. Gleichwohl werden die Investitionen immer noch rasch wachsen. Daneben wird auch der private Verbrauch weiter deutlich expandieren. Dafür spricht schon die spürbare Zunahme der Beschäftigung. Der Export wird in kaum verändertem Tempo steigen. Zwar wird die Nachfrage vor allem in Europa und Japan stärker ausgeweitet werden. Aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter verschlechtert sich durch die höhere Bewertung des Dollars. Da der starke Importsog anhält, wird sich der Außenbeitrag nochmals passivieren.

Im Durchschnitt des Jahres 1994 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,5 vH expandieren, im kommenden Jahr etwas weniger. Die Beschäftigung wird weiter zunehmen. Der Preisauftrieb dürfte sich leicht verstärken.

Tiefpunkt in Japan erreicht

Die Konjunktur in Japan hat im Winterhalbjahr den Tiefpunkt erreicht. Produktion und Nachfrage gingen bis Ende vergangenen Jahres spürbar zurück; seitdem sind sie offenbar aufwärtsgerichtet. Die Inlandsnachfrage nahm leicht zu. Aufgrund niedriger Zinsen und deutlicher Fortschritte beim Schuldenabbau ist der private Verbrauch etwas rascher gestiegen. Der private Wohnungsbau expandiert, auch angeregt von staatlicher Förderung, bereits seit Mitte des vergangenen Jahres kräftig. Spürbare Impulse gingen weiterhin von den öffentlichen Investitionen aus. Hingegen blieben die Dispositionen der Unternehmen von Konsolidierungsbemühungen geprägt, zumal sich die Absatz- und Ertragserwartungen mit der starken Aufwertung des Yen verschlechtert hatten und japanische

Anbieter Marktanteilsverluste hinnehmen mußten. Die gewerblichen Investitionen wurden nochmals erheblich vermindert.

Im Verlauf der Rezession wurde die Beschäftigung vor allem durch eine Verringerung der Arbeitszeit eingeschränkt. Die Zahl der Beschäftigten stagnierte insgesamt; lediglich in der Industrie ging sie spürbar zurück. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich mäßig, zuletzt betrug sie knapp 3 vH der Erwerbspersonen. Begünstigt durch die starke Unterauslastung der Kapazitäten und die Verbilligung der Importe stiegen die Verbraucherpreise nur wenig; die Erzeugerpreise sanken weiter.

Die Regierung hat seit dem Sommerhalbjahr 1992 im Rahmen mehrerer Konjunkturprogramme insbesondere die staatlichen Investitionen kräftig erhöht. Da die bisherigen Bemühungen nicht zu einer konjunkturellen Belebung geführt haben, soll nunmehr der private Verbrauch angeregt werden. Den Kern des jüngsten Stimulierungspakets bildet eine befristete Einkommensteuerentlastung, die etwa 1,2 vH des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Außerdem werden zusätzliche Mittel für öffentliche Investitionen und zur Förderung des Wohnungsbaus bereitgestellt; bei den staatlichen Investitionen wird damit jedoch im wesentlichen nur das Niveau der Ausgaben gehalten, das im Zuge der früheren Konjunkturprogramme erreicht worden ist. Im Jahr 1995 wird die Steuerentlastung wahrscheinlich beibehalten. Weitere nennenswerte Ausgabenprogramme werden angesichts des stark gestiegenen öffentlichen Defizits wohl nicht aufgelegt werden. Damit wird die Finanzpolitik insgesamt, die 1994 nochmals Impulse gibt, im kommenden Jahr nachfragedämpfend wirken.

Die Notenbank ist weiter bemüht, die Konjunktur mit niedrigen Zinsen anzuregen. Der Zinssatz für Tagesgeld lag zuletzt mit 2 % nur noch wenig über dem Diskontsatz. Bei stabilen Verbraucherpreisen, steigender Arbeitslosigkeit und der hohen Bewertung des Yen ist anzunehmen, daß die Zentralbank die Zinsen nochmals reduzieren wird. Die privaten Haushalte haben inzwischen erhebliche Fortschritte bei der Verringerung der Schulden gemacht. Die Kreditexpansion wird sich auch deshalb allmählich beschleunigen; die Geldpolitik dürfte nunmehr zunehmend expansive Wirkungen entfalten.

Bei der stimulierenden Wirtschaftspolitik wird sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres 1994 allmählich beleben. Die retardierenden Einflüsse, die von den Konsolidierungsbemühungen der Unternehmen ausgehen, werden aber nur langsam schwächer. Dies und der starke Yen tragen dazu bei, daß die Erholung wenig Schwung entwickelt. Gestützt wird die Aufwärtsentwicklung zunächst vom privaten Verbrauch; die niedrigen Zinsen und die Steuerentlastung wirken anregend. Auch hat sich nach fast drei Jahren der Kaufzurückhaltung Ersatzbedarf aufgestaut. Impulse kommen weiterhin vom privaten Wohnungsbau. Der Rückgang bei den gewerblichen Anlageinvestitionen dürfte im Verlauf dieses Jahres ausklingen; im kommenden Jahr werden sie sich allmählich beleben. Die Unternehmen ver-

ringern die Zahl der Beschäftigten trotz der geringen Kapazitätsauslastung nur zögerlich, entsprechend langsam verbessern sich die Gewinnerwartungen. Die Ausfuhr dürfte 1994 nicht nennenswert zunehmen. Gleichzeitig steigen die Importe deutlich, so daß der Außenbeitrag in realer Rechnung sinken wird. Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn wird das Bruttoinlandsprodukt 1994 — trotz der Belebung im Verlauf — nur um ½ vH höher als im Vorjahr sein. 1995 wird der Anstieg merklich größer sein. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nimmt noch bis ins nächste Jahr hinein ab, und die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter. Der Preisauftrieb bleibt gering. Der Überschuß in der Leistungsbilanz wird sich spürbar verringern; gemessen am Bruttoinlandsprodukt dürfte er 1994 reichlich 2,5 vH betragen (1993: 3,1 vH) und im kommenden Jahr nochmals zurückgehen.

Konjunkturelle Belebung in Westeuropa

In Westeuropa ist die gesamtwirtschaftliche Produktion bis Mitte vergangenen Jahres gesunken; seitdem steigt sie leicht an. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich etwas, auch weil die Lager nicht mehr so deutlich reduziert wurden. Begünstigt wurde die konjunkturelle Wende durch die Lockerung der Geldpolitik. Die Ausfuhr in Drittländer expandierte beschleunigt. Der Rückgang von Kapazitätsauslastung und Beschäftigung hat nachgelassen, die Arbeitslosigkeit stieg verlangsamt. Weitaus deutlicher als in Kontinentaleuropa insgesamt war die Konjunktur in Großbritannien und in Norwegen aufwärtsgerichtet. Die Konsumentenpreise erhöhten sich im allgemeinen nach wie vor mäßig.

Die Ausfuhr nach Nordamerika und in die Entwicklungsländer hat merklich zugenommen. Hierzu trug die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit westeuropäischer Anbieter infolge der Aufwertung des Dollar und des Yen bei. Die Anstrengungen zur Exportsteigerung wurden auch wegen der noch schwachen Inlandsnachfrage verstärkt. Der innereuropäische Austausch dürfte sich ebenfalls belebt haben. Allerdings können die Außenhandelszahlen — die ohnehin nur unvollständig vorliegen — infolge der Anfang 1993 geänderten Erhebungsmethoden in der Europäischen Union (EU) nicht zuverlässig interpretiert werden. Jene Länder, deren Währungen ab Herbst 1992 besonders stark abgewertet worden sind, haben weiter Marktanteile gewonnen. Die Einfuhr dürfte sich erst wenig erhöht haben. Die Terms of Trade haben sich insgesamt kaum verändert. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz hat vermutlich mit einem leichten Überschuß abgeschlossen.

Der private Verbrauch hat nach einer leichten Belebung im Sommerhalbjahr insgesamt annähernd stagniert. Zwar blieb der Anstieg der verfügbaren Einkommen nicht zuletzt wegen rückläufiger Beschäftigung und steigender Abgabenbelastung schwach, real nahmen sie sogar weiter ab; aber die Sparquote sank, weil die Konsumenten bestrebt waren, ihren Lebensstandard zumindest zu halten, zumal

sich ihre Einschätzung der wirtschaftlichen Situation nicht mehr verschlechtert hat. Der Absatz langlebiger Verbrauchsgüter ist zwar zunächst noch zurückgegangen, doch nach der Jahreswende gab es verschiedentlich Anzeichen für eine Stabilisierung. In einzelnen Ländern wurden auch verbrauchsstützende Maßnahmen ergriffen.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind nicht mehr eingeschränkt worden. Einmal wurde die Attraktivität von Anlagen in Sachkapital wegen des Zinsrückgangs seit 1992 größer, zum anderen wurde jetzt auch die Ertragslage günstiger, weil die Maßnahmen zur Rationalisierung und Kostensenkung zu wirken begannen. Zu den verbesserten Absatz- und Ertragsaussichten trug auch die Expansion der Ausfuhr bei. Die Bauinvestitionen sanken kaum noch. Der öffentliche Bau und der Wohnungsbau dürften annähernd stagniert haben. Die Investitionen im gewerblichen Bau gingen, auch wegen hoher Leerstände, weiter zurück.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage nicht mehr so rasch verschlechtert wie zuvor. Saisonbereinigt ist die Beschäftigung kaum noch zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit ist wenig gestiegen. Anfang dieses Jahres waren 11 vH der Erwerbsspersonen arbeitslos, drei Prozentpunkte mehr als vor Beginn des Abschwungs.

Die Verbraucherpreise haben sich weiterhin in mäßigem Tempo erhöht. Zwar dämpften der scharfe Wettbewerb und die deutliche Abschwächung des Lohnanstiegs den Preisauftrieb. Dem stand jedoch wiederum die Anhebung von indirekten Steuern, Gebühren und administrierten Preisen gegenüber. In den Abwertungsländern kam hinzu, daß sich die Einfuhr deutlich verteuerte, wenn auch nicht im Ausmaß der Abwertung.

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit vergrößerte sich im vergangenen Jahr fast überall weiter. In Westeuropa insgesamt stieg es — im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt — gegenüber 1992 um etwa 1½ Prozentpunkte auf rund 6½ vH. Alles in allem entsprach die Zunahme etwa den konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Dabei führten einige Länder wie Deutschland und Italien Konsolidierungsmaßnahmen durch, nicht zuletzt Steuererhöhungen; in Großbritannien und Dänemark hingegen wirkten sich expansive Maßnahmen aus. Für 1994 ist zumeist eine Verringerung der Defizite vorgesehen. Besonders in Großbritannien, aber auch in Deutschland, Belgien und in den Niederlanden wurden Ausgabenansätze gekürzt und Steuern erhöht. Bei der erst leichten Konjunkturbelebung dürfte sich das gesamtstaatliche Defizit dennoch nur wenig zurückbilden.

Die Besserung bei der Inlandsnachfrage wurde durch die Geldpolitik gefördert. Die kurzfristigen Zinsen sind überall weiter gesenkt worden. Sie sind nunmehr im Durchschnitt um reichlich vier Prozentpunkte niedriger als vor Beginn der Lockerung der Geldpolitik im Herbst 1992. Fast alle Länder orientierten die Zinspolitik trotz der faktischen Suspendierung des europäischen Wechselkursmechanismus am Verhalten der Deutschen Bundesbank, weil sie

nach wie vor auf ein stabiles Austauschverhältnis ihrer Währungen gegenüber der D-Mark bedacht sind. Die Geldmarktzinsen sind nunmehr überall niedriger als die Kapitalmarktzinsen, d.h. die Zinsstruktur ist nicht mehr invers. Die Geldmenge expandierte im vergangenen Jahr in den meisten Ländern deutlich. Die Leitzinsen dürften 1994 weiter gesenkt werden. Dabei werden sich die meisten Länder eng an die Politik der Bundesbank anlehnen.

Insgesamt begünstigen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Westeuropa eine Belebung der Konjunktur in diesem Jahr. Vor allem von den niedrigen Zinsen werden nach wie vor Anregungen ausgehen. Zudem wird die Ausfuhr wegen der zügigen Ausweitung der Nachfrage insbesondere in Nordamerika und in den Entwicklungsländern sowie wegen der verbesserten Wettbewerbsposition europäischer Anbieter merklich expandieren. Die gewerblichen Investitionen werden sich unter diesen Umständen beleben. Von den Lagerdispositionen gehen Impulse auf die Produktion aus. Auch der Wohnungsbau wird bei den niedrigen langfristigen Zinsen etwas ausgeweitet. Das verfügbare Einkommen dürfte sich bei wahrscheinlich noch stagnierender Beschäftigung real kaum erhöhen, zumal in einigen Ländern Sozialabgaben, direkte und indirekte Steuern sowie administrierte Preise angehoben werden. Der private Verbrauch wird dennoch leicht zunehmen, da die Sparquote weiter sinken dürfte. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Westeuropa 1994 wohl um etwa 1½ vH steigen, bei einer merklich höheren laufenden Rate im zweiten Halbjahr. Die Belebung wird sich im nächsten Jahr fortsetzen. Die Arbeitslosigkeit wird dann allmählich wieder sinken. Die Verbraucherpreise werden sich 1994 mit annähernd 3 vH etwas langsamer erhöhen als im vergangenen Jahr; 1995 dürfte die Teuerungsrate noch leicht zurückgehen.

Deutliche Unterschiede in der Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften

In der wirtschaftlichen Entwicklung Mittel- und Osteuropas werden die Differenzierungen zwischen den Ländern immer deutlicher. Auf der einen Seite stehen Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, wo die Produktion nicht mehr sinkt oder gar steigt und die Inflation vergleichsweise niedrig ist. In diesen Ländern ist offenbar auch der Fortgang der Systemtransformation gesichert. In der Slowakischen Republik, in Rumänien und in Bulgarien überwiegen dagegen noch rezessive Elemente, und die marktwirtschaftlichen Strukturen sind bislang wenig gefestigt. Auf der anderen Seite bestimmen in den Ländern der GUS unvermindert starke Produktionsrückgänge und extrem hohe Inflationsraten bei inkonsistenter Reformpolitik der Regierungen das Bild; hier ist auch die politische Akzeptanz des Reformprozesses weniger ausgeprägt als in der ersten Ländergruppe.

Das Bruttoinlandsprodukt ist 1993 in Polen gestiegen, während es in der Tschechischen Republik und in Ungarn

annähernd das Vorjahresniveau erreichte. Die Erholung in Polen spiegelte die kräftige Zunahme der industriellen Erzeugung wider. In Ungarn wurde das Produktionswachstum der Industrie durch schlechte Ernteergebnisse in der Landwirtschaft — wegen der Trockenheit und aufgrund von Friktionen bei der Umstrukturierung — überkompensiert. In allen drei Ländern steigerte die private Wirtschaft ihre Erzeugung deutlich, während es in den noch in Staatshand befindlichen Unternehmen zu einem weiteren Rückgang kam. Externe Faktoren, wie die gedämpfte Nachfrage bei den westlichen Haupthandelspartnern oder das Handelsembargo gegenüber Serbien, belasteten die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich. In Rumänien, in Bulgarien und in der Slowakischen Republik konnte der gesamtwirtschaftliche Schrumpfungsprozeß zwar abgebremst werden, Anzeichen für eine Belebung sind jedoch noch nicht erkennbar. In den GUS-Ländern hat sich der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts ungebrochen fortgesetzt. Innerhalb von drei Jahren sank die wirtschaftliche Leistung um rund 40 vH. In den ersten Monaten dieses Jahres hat die Einschränkung staatlicher und durch die Zentralbank finanzierter Kredite in Rußland erstmals auch zu Betriebsstillegungen geführt.

In keinem der Reformländer ist es bisher gelungen, die Voraussetzungen für befriedigendes wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Das zeigt sich nicht zuletzt in der ungünstigen Entwicklung der Investitionen. Bei den immer noch hohen Preissteigerungen und den Bemühungen der Wirtschaftspolitik um die Eindämmung der Inflation sind die monetären Spielräume eng, und die Unternehmen erzielen wegen des starken Lohnauftriebs keine Gewinne. Hinzu kommen die mangelnde Funktionsfähigkeit der

Kapitalmärkte, die ungelöste Problematik der Altschulden, die Verzögerungen bei der Privatisierung und die Mängel in der öffentlichen Verwaltung. Selbst in den am weitesten fortgeschrittenen Reformländern sind die Bruttoanlageinvestitionen nur leicht gestiegen; die Zunahme ist allein auf private Investitionen zurückzuführen. In den Ländern der GUS sind die Bruttoanlageinvestitionen erneut stark zurückgegangen.

Der Preisauftrieb hat sich in den mittelosteuropäischen Ländern im Jahresverlauf als Folge der stabilitätspolitischen Bemühungen etwas abgeschwächt; nur vorübergehend wurde er in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik durch die Einführung der Mehrwertsteuer verstärkt. In den Ländern der GUS hingegen setzte sich der Verfall des Geldwertes ungebrochen fort. Die hohen Defizite von Staat und Staatsunternehmen, die nicht zuletzt durch starke Lohnanhebungen bedingt waren, wurden überwiegend direkt von der Zentralbank finanziert. In Rußland und in Weißrußland steigen die Verbraucherpreise noch immer um 15 bis 30 vH pro Monat; in der Ukraine ist die Inflation völlig außer Kontrolle geraten.

Die Arbeitslosigkeit ist in Mittel- und Osteuropa weiter gestiegen. In Polen und in Ungarn dürfte sie angesichts der Wende in der Produktionsentwicklung allmählich ihren Höhepunkt erreichen. Für Rumänien, Bulgarien und die Slowakische Republik ist dagegen eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage wahrscheinlich. Allein in der Tschechischen Republik blieb die Arbeitslosigkeit niedrig. Dabei spielte eine Rolle, daß während der Vorjahre die Reallöhne in vielen Betrieben an das niedrige Produktivitätsniveau angepaßt worden waren. In den GUS-Ländern wird die Beschäftigung in vielen Staatsbetrieben

Produktion, Preise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

Land	Reales Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	in vH ¹⁾			in vH ¹⁾			in vH ¹⁾		
	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994
Bulgarien	-8	-5	-2	85	70	50	16	16	18
Polen	1	4	4	43	35	30	14	16	15
Rumänien	-15	0	0	210	260	200	8	10	12
Slowakische Republik	-6	-6	-2	10	25	20	10	15	17
Tschechische Republik	-7	-1	3	11	20	10	3	4	6
Ungarn	-5	-2	1	23	23	20	12	12	12
<i>Ausgewählte Länder der GUS</i>									
Russische Föderation	-19	-12	-10	1 500	900	700	.	.	.
Ukraine	-14	-15	-12	1 400	4 500	4 000	.	.	.
Weißrußland	-10	-9	-10	1 100	1 700	2 000	.	.	.

1) Stand am Jahresende.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen, Schätzungen der Institute.

mit Hilfe umfangreicher staatlicher Zuwendungen auf einem überhöhten Niveau gehalten, um das weitgehend fehlende soziale Netz zu ersetzen. Auch aus diesem Grund suggerieren die offiziellen Arbeitslosenzahlen noch Vollbeschäftigung. Mit dem Fortgang der Krise beginnt jedoch die versteckte Arbeitslosigkeit zutage zu treten.

Die Unterschiede in der Wirtschaftspolitik dürften sich im laufenden Jahr weiter vergrößern. In den mitteleuropäischen Staaten wird die Reformpolitik fortgesetzt. Hier werden sich die Regierungen verstärkt um eine Dämpfung der Inflation und eine enge Begrenzung des Budgetdefizits bemühen, nicht zuletzt im Hinblick auf die angestrebte Anlehnung an die EU und die Auflagen und Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds, in Polen und in Ungarn auch im Hinblick auf die hohe Auslandsverschuldung. In Südosteuropa kommt der Reformprozeß vermutlich weiterhin nur sehr langsam voran. In der GUS droht die ins Stocken geratene Systemtransformation sogar von einer Tendenz zu mehr staatlichen Interventionen abgelöst zu werden.

Im Jahr 1994 dürfte sich die wirtschaftliche Lage in weiteren Ländern verbessern. Außer in Polen wird das Sozialprodukt nunmehr wohl auch in der Tschechischen Republik und in Ungarn wachsen. In Bulgarien, Rumänien und in der Slowakischen Republik erreicht die Produktionsentwicklung voraussichtlich ihren Tiefpunkt. Dagegen wird die Produktion in den GUS-Ländern nochmals kräftig zurückgehen. Manches spricht dafür, daß — abgesehen von der GUS — die Exporte deutlich steigen. Die Investitionstätigkeit dürfte sich erst zögernd beleben. Dabei bleibt das Importwachstum hoch. Der Preisauftrieb verlangsamt sich nur allmählich; in der GUS ist eine Überwindung der Hyperinflation noch nicht abzusehen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich weiter, da nun auch im staatlichen Sektor das Personal allmählich verringert wird, ohne daß dies durch den Beschäftigungszuwachs im privaten Sektor kompensiert werden kann.

Anstieg der Rohstoffpreise

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe kam es Ende vergangenen Jahres zu einer Tendenzwende. Die Preise, die zuvor innerhalb von drei Jahren — auf Dollarbasis gemessen — um nahezu ein Drittel gefallen waren, zogen spürbar an. Zum einen hat sich der Rohstoffverbrauch im Zuge des rascheren Aufschwungs in Nordamerika und in Südostasien sowie der Konjunkturbesserung in Westeuropa belebt; zum anderen dürften die Lagerdispositionen anregend gewirkt haben. Diese Tendenzen werden sich wahrscheinlich fortsetzen. Die Preise für Industrierohstoffe werden im Verlauf des Jahres steigen, wenngleich aufgrund der zu erwartenden Angebotsausweitung wohl langsamer als bisher.

Der Weltverbrauch von Erdöl nahm nach wie vor nur verhalten zu. Gleichzeitig hielt der Angebotsdruck von seiten der OPEC und anderer Förderländer an. Zudem lastete die

Möglichkeit einer Lockerung des Embargos für Lieferungen aus dem Irak auf den Märkten. Der Ölpreis ging unter diesen Umständen bis zu Beginn dieses Jahres merklich zurück; im ersten Quartal war er um ein Viertel niedriger als vor Jahresfrist. Im weiteren Verlauf des Jahres wird der Verbrauch namentlich aufgrund der allmählichen Konjunkturbelebung in Westeuropa und schließlich auch in Japan etwas stärker zunehmen. Bei voraussichtlich wenig veränderten Bedingungen auf der Angebotsseite wird sich dabei wohl keine nennenswerte Verteuerung ergeben. Der durchschnittliche Einfuhrpreis der OECD-Länder wird hier für das Jahr 1994 mit 14 Dollar je Barrel und für 1995 etwas höher angenommen.

Beschleunigte Zunahme des Welthandels

Der Welthandel ist im Winterhalbjahr, nach der Belebung im letzten Sommer, etwas rascher gestiegen. Die stärksten Nachfrageimpulse gingen weiterhin von Nordamerika und den südostasiatischen Schwellenländern aus. In Japan stieg der Import infolge der Yen-Aufwertung trotz der konjunkturellen Schwäche deutlich. In Westeuropa hat sich mit der Überwindung der Rezession die Einfuhr belebt. Demgegenüber begannen viele ölexportierende Entwicklungsländer unter dem Druck schrumpfender Ausfuhrerlöse offenbar ihre Käufe im Ausland einzuschränken.

Die Expansion des Welthandels wird sich vor allem aufgrund der kräftigeren Nachfrage in den Industrieländern noch verstärken. So nehmen mit der fortschreitenden konjunkturellen Belebung in den westeuropäischen Volkswirtschaften die Importe vermehrt zu. Dies gilt auch für den Austausch untereinander, auf den im Durchschnitt etwa zwei Drittel des Außenhandels entfallen. In Japan wird die Einfuhr zunächst noch primär aufgrund der Aufwertung, später aber auch infolge konjunktureller Anregungen, zügig steigen. Der Einfuhrsog in Nordamerika hält an.

Die wirtschaftliche Dynamik in den asiatischen Schwellenländern wird durch die starke Aufwertung des Yen und die dadurch ausgelösten Anpassungsprozesse bei japanischen Unternehmen unterstützt; Aus- und Einfuhren werden weiter kräftig steigen. In mehreren lateinamerikanischen Ländern sind erhebliche Fortschritte bei der Überwindung der Schuldenkrise gemacht worden. Produktion und Import nehmen dort spürbar zu. In den Reformstaaten Mitteleuropas werden die Bezüge ebenfalls deutlich ausgeweitet. Die erdölexportierenden Entwicklungsländer werden ihre Einfuhr aufgrund der gedrückten Exporteinnahmen weiter einschränken, während sie in den GUS-Ländern nochmals zurückgehen wird.

Insgesamt wird das Volumen des Welthandels 1994 um voraussichtlich 5 bis 6 vH höher sein als im letzten Jahr (1993: rund 3 vH), und im nächsten Jahr dürfte sich der Zuwachs nochmals verstärken. Das Expansionstempo ist damit wieder ähnlich hoch wie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ²⁾		
		1992	1993	1994	1992	1993	1994
Deutschland ³⁾	10,9	2,1	-1,2	1,5	4,7	4,0	3,0
<i>Westdeutschland</i>		1,6	-1,9	1,0	4,0	4,2	3,0
<i>Ostdeutschland</i>		9,7	7,1	7,5	11,2	8,8	4,0
Frankreich	7,4	1,4	-0,7	1,0	2,4	2,1	2,0
Italien	6,9	0,9	-0,7	1,5	5,2	4,5	4,0
Großbritannien	5,9	-0,6	1,9	2,5	3,7	1,6	3,0
Spanien	3,2	0,8	-1,0	1,0	5,9	4,6	4,5
Niederlande	1,8	1,4	0,3	1,5	3,7	2,1	3,0
Schweden	1,4	-1,9	-2,1	2,0	2,2	4,7	2,0
Schweiz	1,4	-0,1	-0,6	1,5	4,0	3,3	1,5
Belgien	1,2	0,5	-1,5	0,5	2,4	2,8	2,5
Österreich	1,0	1,6	-0,3	1,5	4,1	3,6	3,0
Dänemark	0,8	1,2	0,5	2,0	2,1	1,3	1,5
Finnland	0,6	-3,8	-2,5	1,5	2,6	2,2	1,5
Norwegen	0,6	3,3	2,5	3,0	2,3	2,3	1,5
Westeuropa ⁴⁾	43,1	1,0	-0,5	1,5	4,0	3,2	2,9
USA	33,2	2,6	3,0	3,5	3,0	3,0	3,0
Japan	20,6	1,1	0,1	0,5	1,6	1,3	0,5
Kanada	3,1	0,7	2,4	3,0	1,5	1,8	1,0
Insgesamt ⁴⁾	100,0	1,5	0,9	2,0	3,1	2,7	2,4
Nachrichtlich: Insgesamt ⁵⁾		0,9	0,0	1,6	3,5	2,9	2,7

1) Veränderungsdaten für 1994 geschätzt. — 2) Für Deutschland insgesamt Preisindex für den privaten Verbrauch. Für alle übrigen Länder sowie für Westdeutschland und Ostdeutschland Preisindex für die Lebenshaltung. — 3) Zur Entwicklung in Deutschland vgl. die abweichende Meinung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. — 4) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1992. — 5) Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 1992.

Reales Bruttoinlandsprodukt und reale Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1992	1993	1994		1992	1993	1994
Deutschland ²⁾	12,4	2,1	-1,2	1,5	12,0	2,7	-1,4	1,0
<i>Westdeutschland</i>		1,6	-1,9	1,0		1,5	-2,6	0,0
<i>Ostdeutschland</i>		9,7	7,1	7,5		11,2	6,0	4,0
Frankreich	8,4	1,4	-0,7	1,0	8,1	0,3	-1,3	1,0
Italien	7,8	0,9	-0,7	1,5	7,6	1,0	-5,0	0,5
Großbritannien	6,7	-0,6	1,9	2,5	6,6	0,3	1,5	2,5
Westeuropa ³⁾	35,3	1,2	-0,4	1,6	34,3	1,3	-1,6	1,2
USA	37,8	2,6	3,0	3,5	40,0	2,9	3,8	4,0
Japan	23,4	1,1	0,1	0,5	22,2	0,4	0,4	1,0
Kanada	3,5	0,7	2,4	3,0	3,5	-0,1	1,8	2,5
Industrieländer ³⁾	100,0	1,7	1,1	2,1	100,0	1,7	1,1	2,3

1) Veränderungsdaten für 1994 geschätzt. — 2) Zur Entwicklung in Deutschland vgl. die abweichende Meinung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. — 3) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt bzw. Inlandsnachfrage im Jahr 1992.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich verbessert. Nachdem die konjunkturelle Talfahrt in *Westdeutschland* im Frühjahr 1993 zu Ende gegangen war, ist die gesamtwirtschaftliche Produktion allerdings erst geringfügig gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen hat zuletzt nicht mehr ganz so stark zugenommen wie in den beiden Jahren zuvor. In *Ostdeutschland* blieb das Tempo der Expansion der Wirtschaft im Jahr 1993 hoch; im Verlauf des Jahres dürfte es sich etwas verstärkt haben. Die Zahl der Beschäftigten ist nur noch wenig gesunken, die der Arbeitslosen hat im Winterhalbjahr, nach zeitweiliger Stagnation, gleichwohl wieder zugenommen.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in *Westdeutschland* nun merklich belebt, nachdem sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen beträchtlich verbessert haben. Die Aufträge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe steigen seit reichlich einem Jahr; ihr Niveau ist jetzt erheblich höher als auf dem Tiefpunkt Ende des Jahres 1992. Die Deutsche Bundesbank hat den Kurs der schrittweisen geldpolitischen Lockerung fortgeführt, zu dem sie im Herbst 1992 übergegangen war; die kurzfristigen Zinsen sind nun wieder etwas niedriger als die Zinsen auf dem Kapitalmarkt, die bis Anfang des Jahres kräftig gefallen und danach etwas gestiegen sind. Der Zinsrückgang hat die Attraktivität von Finanzanlagen und die Finanzierungskosten für die Unternehmen erheblich vermindert. Die Attraktivität von Sachinvestitionen hat sich auch deshalb erhöht, weil die Rentabilität der Unternehmen stark gestiegen ist. Im verarbeitenden Gewerbe wurden in großem Umfang Kapazitäten stillgelegt und Arbeitskräfte freigesetzt. Auch haben die im Vergleich zu den Jahren zuvor niedrigen Tariflohnabschlüsse im Jahr 1993 dazu beigetragen, daß die Unternehmen die Lohnstückkosten stark senken konnten. Damit wird die Gewinnschwelle schon bei einem sehr viel geringeren Auslastungsgrad der Sachkapazitäten erreicht als vor Beginn der Rezession. So beurteilen die Unternehmen die Geschäftslage und -aussichten auch zunehmend günstiger.

Im laufenden Jahr wird sich die kräftige konjunkturelle Expansion in den Vereinigten Staaten und in vielen Ländern Südostasiens, die für die westdeutsche Exportwirtschaft inzwischen eine beträchtliche Bedeutung erlangt haben, fortsetzen. In den westeuropäischen Partnerländern hat eine Belebung der Wirtschaft begonnen, so daß die Auslandsaufträge insgesamt zügig ausgeweitet werden dürften. Die Deutsche Bundesbank wird ihre Zinsen weiter senken, zumal der Preisauftrieb noch etwas abnehmen wird, und die Kapitalmarktzinsen dürften wieder leicht zurückgehen. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen haben sich insbesondere auch aufgrund der Tarifvereinbarungen in diesem Jahr erheblich aufgehellt.

Die niedrigen Abschlüsse und die vermehrte Flexibilität bei der Entlohnung und beim Einsatz von Arbeitskräften sowie der größere Spielraum bei der Nutzung der Arbeitszeiten bedeuten, daß den Gegebenheiten in den einzelnen Unternehmen mehr Rechnung getragen wird und daß sich die Unternehmen besser auf die konjunkturellen und geschäftlichen Wechsellagen einstellen können. Alles in allem ist zu erwarten, daß sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Frühjahr dieses Jahres deutlich belebt. Das hatte die Mehrheit der Institute schon in dem Gutachten vom Herbst so gesehen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bedeutet freilich noch nicht, daß die Weichen für ein kräftiges Wachstum der westdeutschen Wirtschaft und für ein hohes Beschäftigungsniveau schon gestellt sind.

In *Ostdeutschland* wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion im zurückliegenden Jahr zwar weniger als im Jahr zuvor ausgeweitet, insgesamt gesehen blieb das Tempo aber hoch. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Rezession in *Westdeutschland* und im übrigen Westeuropa die Absatzchancen für ostdeutsche Produkte geschmälert und dazu veranlaßt haben dürfte, Investitionen in den neuen Bundesländern zu strecken. Auch haben die öffentlichen Transfers von West nach Ost, von denen zuvor die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern maßgeblich abhing, beträchtlich weniger zugenommen. Es spricht einiges dafür, daß der Umstellungsprozeß in der ostdeutschen Wirtschaft beträchtliche Fortschritte gemacht hat und sich zumindest in Einzelbereichen eine Eigendynamik entwickelt. Die Produktion in der Industrie nimmt nunmehr deutlich zu und steigt rascher als die der Gesamtwirtschaft. Allerdings ist das Gewicht der Industrie nach dem kräftigen Schrumpfungsprozeß sehr gering, und nach wie vor sind die Dienstleistungen und vor allem das Baugewerbe Träger der Expansion. Hier trägt der Wohnungsbau nun zunehmend zur Ausweitung der Produktion bei, nachdem die Wohnungsgesellschaften von Altschulden entlastet worden sind und eigentumsrechtliche Hemmnisse stark an Bedeutung verloren haben.

Die Erfolge bei der Umstellung schlagen sich darin nieder, daß die Ausweitung der ostdeutschen Inlandsnachfrage mehr und mehr durch heimische Produktion gedeckt wird. Auch sind die Investitionen zum wichtigsten Träger der Expansion geworden; der private Verbrauch stützte sie dagegen 1993 nur noch wenig. Für die kommenden Jahre ist nicht damit zu rechnen, daß der private Konsum ähnlich rasch expandiert wie in den ersten Jahren nach der Vereinigung, denn sowohl der Anstieg der Löhne als auch der der Transfereinkommen wird weit geringer sein. Entscheidend ist also, daß die Investitionsdynamik aufrechterhalten werden kann, und insbesondere muß sie bei den Unternehmen in der Industrie sehr groß sein. Zwar ist die bisherige Investitionstätigkeit in der Industrie kräftig; nicht aus-

geschlossen werden kann aber, daß der Anfangsschwung mit der Fertigstellung wichtiger Investitionsvorhaben westlicher Unternehmen allmählich nachläßt. Hinzu kommt, daß viele Investoren offenbar Pläne verfolgt haben, die sie nun nicht realisieren können. Die Ausweitung der Industrieproduktion geht bei dem niedrigen Niveau immer noch stark darauf zurück, daß einzelne Großprojekte westlicher Investoren nun produktionswirksam werden. Insgesamt gesehen fehlt es der industriellen Entwicklung nach wie vor an Breite, und vor allem für das Entstehen und die Expansion kleiner und mittelgroßer Unternehmen sind die Lohnkosten ein entscheidendes Hemmnis.

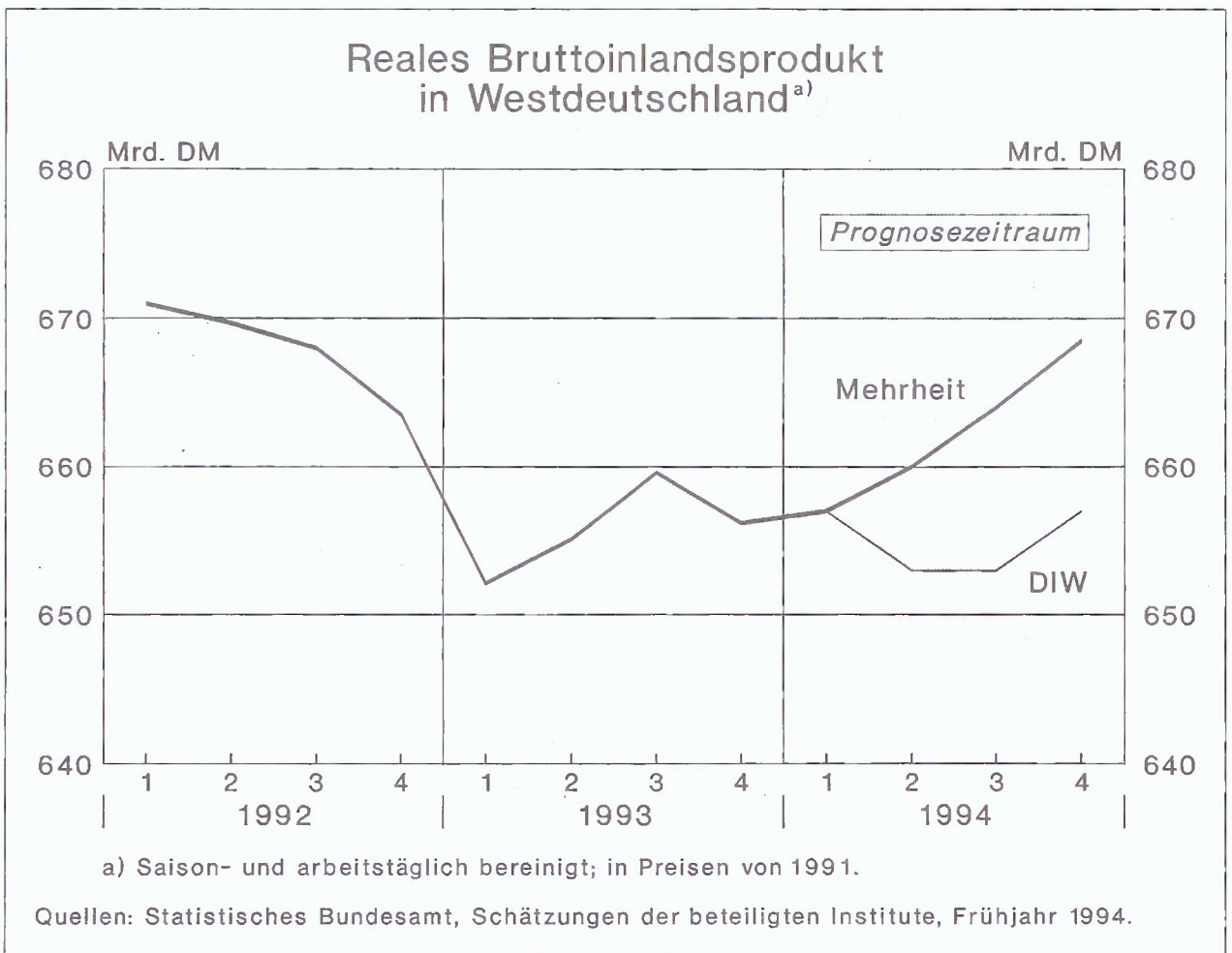
Westdeutschland

Konjunktur blieb auf der Talsohle

Die Wirtschaft Westdeutschlands konnte sich im Winterhalbjahr 1993/94 noch nicht von der konjunkturellen Talsohle lösen. Zwar belebte sich die Auslandsnachfrage weiterhin kräftig, aber bei der Inlandsnachfrage überwogen — trotz partieller Besserung, namentlich im Straßenfahr-

zeugbau — die Stagnationstendenzen. Die Industrieproduktion, die das Profil der Konjunktur prägt, verharrte weitgehend auf dem schon Mitte des vergangenen Jahres erreichten Stand. Das reale Bruttoinlandsprodukt war im Durchschnitt des Winterhalbjahres etwas niedriger als im vergangenen Herbst, nachdem es damals unerwartet zugenommen hatte (vgl. Abbildung). Als Rückgang der Konjunktur kann das nicht interpretiert werden. Vielmehr sind derartige kurzfristige Schwankungen nicht ungewöhnlich. Die Mehrheit der Institute hatte im Herbstgutachten 1993 gemeint: „Unserer Einschätzung nach wird die Belebung der Konjunktur im Winterhalbjahr beginnen, getragen von einer Aufwärtstendenz der Ausfuhr und der Ausrüstungsinvestitionen. Zu Beginn des kommenden Jahres wird die konjunkturelle Grundrichtung jedoch vorübergehend durch negative Einflüsse überdeckt werden ... Deutlich wird die Aufwärtsbewegung also wohl erst vom nächsten Frühjahr an werden!.“

¹ Das DIW vertritt bezüglich der konjunkturellen Entwicklung Westdeutschlands eine andere Meinung. Diese ist am Ende der Diagnose dargelegt.



Im großen und ganzen verlief die konjunkturelle Entwicklung in Übereinstimmung mit den damals geäußerten Vorstellungen. Merklich aufwärtsgerichtet war der Export. Befürchtungen, wegen der realen Aufwertung der D-Mark gegenüber einigen europäischen Währungen würde die deutsche Wirtschaft von einer Konjunkturbelebung in Westeuropa nicht profitieren, bestätigen sich offenbar nicht. Die ausländische Nachfrage nach deutschen Gütern ist bisher am stärksten bei den Grundstoffen gestiegen; das dürfte vor allem mit nun wieder expansiv wirkenden Lagerdispositionen zusammenhängen. Bezeichnend dafür ist, daß die Produktion in Grundstoffindustrien wie der chemischen und der eisenschaffenden Industrie schon deutlich zugenommen hat. Lagerzyklische Impulse sind aber zweifellos auch im Inland wirksam. Die Bautätigkeit wurde zeitweilig durch überdurchschnittlich ungünstiges Wetter beeinträchtigt; konjunkturell dürfte sie leicht gestiegen sein. Dagegen sind die Ausrüstungsinvestitionen lediglich nicht weiter zurückgegangen; sie verliefen damit ungünstiger als erwartet. Der private Konsum war im Winterhalbjahr etwas niedriger als zuvor. Einen Einbruch des Konsums am Jahresbeginn, wie er als Folge der Anhebung der Mineralölsteuer und der Beiträge zur Rentenversicherung erwartet worden war, gab es jedoch nicht. Die Konsumenten haben vielmehr die Sparquote weiter reduziert.

Die Bemühungen um Kosteneinsparung durch Rationalisierung in den Unternehmen hielten an. Damit wurden die Voraussetzungen für eine nachhaltige Erholung der Investitionsneigung weiter verbessert. Die Lohnstückkosten im produzierenden Gewerbe sind unter dem Einfluß eines zunehmenden Produktivitätsanstiegs und nachlassender Lohnsteigerungen deutlich rückläufig. Die Beschäftigung ist dort anhaltend kräftig zurückgegangen. Doch auch in anderen Wirtschaftsbereichen, namentlich im Sektor Handel und Verkehr, wurde die Zahl der Beschäftigten noch reduziert. Weiter erhöht hat sie sich dagegen in den Dienstleistungsunternehmen, wenngleich merklich schwächer als in den Vorjahren. Unter diesen Umständen stieg auch die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen weiter. Sie hat binnen Jahresfrist allerdings weniger zugenommen, als die Beschäftigung zurückgegangen ist.

Wichtige konjunkturelle Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Monaten weiter verbessert. Die Konjunktur in den USA hat noch an Stärke gewonnen, und die Anzeichen einer Belebung in Westeuropa, dem wichtigsten Absatzmarkt Deutschlands, sind deutlicher geworden. In Westdeutschland sind die Lohnabschlüsse noch etwas gemäßigt ausgefallen, als in der Herbstprognose erwartet worden war, und es gab bahnbrechende Vereinbarungen über die Flexibilisierung von Arbeitszeitbedingungen. Die niedrigen Lohnabschlüsse dämpfen zwar kurzfristig den Konsum, aber die dadurch ermöglichte Senkung der Arbeitskosten als eine wichtige Voraussetzung für mehr Investitionen hat jetzt Vorrang. Fortgesetzt wurde die Senkung der kurzfristigen Zinsen. Der Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen war nicht erwartet worden; er dürfte aber nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

Produktion beginnt zu steigen

Die Anzeichen für einen bevorstehenden Anstieg der Konjunktur mehren sich, und die Stimmung in der Wirtschaft hat sich deutlich verbessert. Die zyklischen Faktoren, die für die vergangene Rezession entscheidend waren, sind nun wieder hinreichend günstig. Zwar bestehen nach wie vor strukturelle Schwächen, vor allem die Rigiditäten in vielen Bereichen der Wirtschaft, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt, und die ungelösten Finanzprobleme des Staates. Sie verhindern aber nicht, wie in diesen Gutachten wiederholt dargelegt wurde, einen neuen Aufschwung der Konjunktur. Von der Behebung der strukturellen Schwächen hängt jedoch ab, ob aus einer zyklischen Aufwärtsbewegung ein nachhaltiger, kräftiger Wachstumsprozeß wird. Die Unsicherheit über den Ausgang der bevorstehenden Wahlen dürfte nach den früheren Erfahrungen das Verhalten von Investoren und Konsumenten nicht wesentlich beeinflussen.

Nach dem Urteil von fünf der sechs beteiligten Institute wird sich die Konjunktur nunmehr beleben, zunächst aufgrund der steigenden Auslandsnachfrage. In der zweiten Jahreshälfte wird wohl auch die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, das um etwa 2 ½ vH p.a. wächst, wieder zu steigen beginnen; erst dann sprechen wir von einem Aufschwung. Er wird sich im nächsten Jahr weiter entfalten. Die wirtschaftliche Entwicklung wird voraussichtlich noch das ganze Jahr 1994 über von sinkender Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit überschattet sein, denn die Wende auf dem Arbeitsmarkt folgt der der Produktion mit Verzögerung. Ob in den Jahren danach ein hoher Beschäftigungsstand erreicht wird, hängt vor allem von der Lohnpolitik ab.

Annahmen der Prognose für Westdeutschland

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen wird angenommen:

- Die Produktion in den Industrieländern steigt, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, im Verlauf des Jahres verstärkt.
- Der Ölpreis verändert sich nur wenig, die Weltmarktpreise anderer Rohstoffe erhöhen sich mäßig.
- Der Außenwert der D-Mark nimmt gegenüber dem Dollar tendenziell ab; gegenüber den europäischen Währungen bleibt er etwa konstant.
- Die noch anstehenden Lohnabschlüsse sind ähnlich niedrig wie die bisherigen in diesem Jahr.
- In der Finanzpolitik werden die bisherigen Beschlüsse umgesetzt; weitere von Bedeutung für die Entwicklung in diesem Jahr sind nicht angenommen.
- Die Zinsen am Kapitalmarkt (durchschnittliche Umlaufrendite) sinken wieder unter die 6-Prozent-Marke. Die Bundesbank setzt die Politik der Lockerung fort, die Geldmarktzinsen gehen dabei weiter deutlich zurück.

Ausfuhr als Motor der Konjunktur

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Ausfuhr haben sich weiter verbessert. Nunmehr haben auch in den für die deutsche Ausfuhr besonders wichtigen europäischen Ländern Nachfrage und Produktion zu steigen begonnen. Großbritannien und Norwegen waren die Vorreiter, die meisten anderen Länder sind in den letzten Monaten gefolgt.

Von der Höherbewertung der D-Mark gegenüber einer Reihe europäischer Währungen im Jahr 1992 gehen offenbar kaum noch retardierende Wirkungen auf die deutsche Ausfuhr aus; die verstärkten Bemühungen der deutschen Unternehmen um Kostensenkung wirken sich auch in dieser Hinsicht positiv aus. Eine erneute reale Höherbewertung der D-Mark in Europa ist aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich, schon weil wichtige Handelspartner bestrebt sind, ihre Geldpolitik so zu gestalten, daß kein Druck auf den Wechselkurs ihrer Währungen gegenüber der D-Mark entsteht. Gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum und Japan hat sich die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft mit der Aufwertung von Dollar und Yen im Lauf des letzten Jahres überall spürbar verbessert.

Mit der Belebung der Weltkonjunktur steigen auch die Exportchancen und damit die Importmöglichkeiten vieler Entwicklungsländer; hinzu kommt die Verbesserung ihrer Erlössituation durch die höheren Weltmarktpreise für Industrierohstoffe. Das läßt auch aus diesen Ländern Impulse für die deutsche Ausfuhr erwarten. Starke Anregungen werden weiterhin aus dem asiatisch-pazifischen Raum und aus den im Transformationsprozeß bereits weit fortgeschrittenen mittelosteuropäischen Ländern kommen. Von den ölexportierenden Ländern dürfte dagegen angesichts der gedrückten Ölpreise vorerst keine nennenswerte zusätzliche Nachfrage ausgehen.

Der Anstieg der Weltkonjunktur wird sich fortsetzen, wegen der verhaltenen Besserung der Konjunktur in Europa zunächst noch in moderatem, später dann in spürbar beschleunigtem Tempo. Neben den expansiv wirkenden Lagerdispositionen wird dabei zunehmend auch die steigende Investitionsneigung im Ausland eine wichtige Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund kann ein kräftiger Anstieg der westdeutschen Ausfuhr erwartet werden, der sich 1995 noch verstärken wird. Damit ist die Ausfuhr Motor der Konjunktur.

Ausrüstungsinvestitionen wieder aufwärtsgerichtet

Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen ist im Winterhalbjahr zum Stillstand gekommen. Wichtige Faktoren sprechen dafür, daß sich im Jahresverlauf 1994 in der Investitionstätigkeit eine Erholung durchsetzen wird: Die aktuelle Gewinnsituation der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe hat sich gemäß ifo Konjunkturtest in den letzten Monaten gebessert. Noch deutlicher haben sich die

Ertrags- und Absatzaussichten in diesem Bereich aufgehellt; so äußerten sich die Testteilnehmer zur weiteren Geschäftsentwicklung zunehmend optimistisch, wobei sie offensichtlich nicht nur auf eine weitere Erholung des Exportgeschäfts setzen.

Positiv auf die Ertragsaussichten und damit auf die Investitionsneigung beginnen sich die inzwischen umfassenden Maßnahmen zur Kostensenkung auszuwirken. Die Unternehmen haben die Beschäftigung bereits deutlich reduziert sowie umfangreiche Umstrukturierungen und Umorganisationen im Produktionsablauf vorgenommen. Zudem werden sie durch die Zurückhaltung in der diesjährigen Lohnrunde spürbar weiter entlastet. Die Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die sich — ausgehend von den Exporten — für das laufende Jahr ankündigt, wird darüber hinaus die Rentabilität nachhaltig verbessern. Finanzanlagen verlieren gegenüber Investitionen in Sachkapital auch deshalb zunehmend an Attraktivität, weil die kurzfristigen Zinsen sinken und sich die Zinsstruktur weiter normalisiert.

Die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen wird zunächst noch recht zögernd vorankommen, in der zweiten Jahreshälfte jedoch an Fahrt gewinnen. Im Verlauf von 1994 werden die Ausrüstungsinvestitionen um rund 6 vH zunehmen, im Jahresdurchschnitt wird sich aufgrund des niedrigen Niveaus zum Jahresanfang im Vergleich zum Durchschnitt des Vorjahres allerdings nur ein schwacher Zuwachs ergeben.

Bauinvestitionen auf hohem Niveau

Die Bautätigkeit war im vergangenen Jahr per saldo leicht rückläufig. Der Wohnungsbau ist der einzige Bereich, in dem die Produktion, wenn auch mit deutlich verminderter Rate, zugenommen hat. Dagegen ist der Wirtschaftsbau in den Sog der Rezession geraten. Zugleich hat die angespannte Finanzsituation die Gebietskörperschaften zur Kürzung öffentlicher Investitionen veranlaßt. 1994 wird sich die Bautätigkeit insgesamt leicht verstärken. Der Wohnungsbau wird aufgrund der weiterhin hohen Nachfrage, der noch wirksamen Fördermaßnahmen (z.B. Schuldzinsenabzug) und der niedrigen Zinsen eine Stütze der Konjunktur bleiben. Der Wirtschaftsbau wird erst im späteren Jahresverlauf wieder zunehmen, wenn die Investoren die konjunkturelle Entwicklung für gefestigt halten. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden dagegen weiter zurückgehen. Insgesamt werden die Bauinvestitionen 1994 um 1 vH höher sein als im Vorjahr. Im kommenden Jahr wird sich mit der Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Erholung der Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen beschleunigen, während die Wohnungsbaukonjunktur an Schwung verlieren wird.

Schwäche beim privaten Verbrauch hält an

Die ohnehin schwache Nachfrage der privaten Haushalte wurde durch die Steigerung der fiskalischen Bela-

stung weiter gedrückt. Die zurückliegende Rezession wirkt sich zudem verzögert in einer deutlichen Dämpfung der Lohn- und Gehaltsentwicklung aus. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen waren die Gewerkschaften in der diesjährigen Lohnrunde zu erheblichen Zugeständnissen bereit. Die Abschlußsätze in Höhe von rund 2 vH sind die niedrigsten in der Geschichte der Bundesrepublik, und sie treten teilweise erst nach mehrmonatigen Lohnpausen in Kraft. Die effektiven Lohnsteigerungen belaufen sich daher in diesem Jahr sogar nur auf 1 bis 1 ½ vH. Damit ist bei einem weiteren Rückgang der Zahl der Beschäftigten und der Arbeitszeit für dieses Jahr mit einer sinkenden Brutto Lohn- und -gehaltsumme zu rechnen. Wegen höherer Sozialbeiträge und der Steuerprogression ist die Reduktion der gesamtwirtschaftlichen Nettolohn- und -gehaltsumme — mit knapp 2 vH — noch akzentuierter.

Die mit der Entlassung von Arbeitskräften verbundenen Einkommensausfälle werden durch die Zahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nur teilweise ausgeglichen, zumal die Lohnersatzleistungen in diesem Jahr gekürzt wurden. Hinzu kommen weitere Einschränkungen von Sozialleistungen, so bei Kindergeld, Ausbildungsförderung und Sozialhilfe. Auch werden die gesetzlichen Altersrenten zur Jahresmitte — entsprechend der Einkommensentwicklung im Vorjahr — weniger stark angehoben als 1993. Insgesamt werden die Transfereinkommen 1994 mit knapp 4 vH wesentlich langsamer zunehmen als im Jahr zuvor.

Lediglich die verfügbaren Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, also die sogenannten Entnahmen, werden sich wohl mit dem beginnenden Aufschwung stärker als im Vorjahr erhöhen. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland in diesem Jahr um 1 ½ vH höher ausfallen als 1993. Bei einer Teuerungsrate von knapp 3 vH bedeutet dies real abermals eine merkliche Einbuße.

Auf die neuerliche Einschränkung ihrer Realeinkommen dürften die Verbraucher mit niedrigeren Konsumausgaben reagieren. Die Reduktion wird freilich zu Lasten der Ersparnisse gedämpft, zumal das Sparen angesichts niedrigerer Zinsen weniger attraktiv ist. Die Sparquote dürfte allerdings höher bleiben als zu Beginn der Expansionsphase in den achtziger Jahren, da die Konsumenten wegen des eingeschlagenen steuerpolitischen Kurses und der Einführung der Pflegeversicherung mit einer mittelfristig höheren Abgabenbelastung rechnen dürften. Bei einer Sparquote von 11 ½ vH (1993: 12,3 vH) werden die Verbrauchsausgaben nominal voraussichtlich um knapp 2 ½ vH zunehmen, für den realen Konsum bedeutet dies ein leichtes Minus.

Preisauftrieb schwächt sich weiter ab

Sieht man von dem Effekt aus der Mineralölsteuererhöhung ab, hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise in Westdeutschland bereits im Winterhalbjahr merklich abge-

flacht. Die Preisentwicklung im weiteren Jahresverlauf wird angesichts der noch schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie kostenseitiger Entlastungen durch nochmals nachlassende Steigerungsraten gekennzeichnet sein; so werden aufgrund der gemäßigten Tarifabschlüsse vor allem die Teuerungsraten bei den lohnintensiven Dienstleistungen auffällig zurückgehen. Der Auftrieb der Mieten wird wegen der weiterhin hohen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, aber auch wegen der nach wie vor stark anziehenden Nebenkosten (Wassergebühren, Preise für Abwasserbeseitigung und Müllabfuhr) allerdings nur langsam nachlassen. Im Jahresdurchschnitt 1994 wird der Preisindex der Lebenshaltung um knapp 3 vH höher sein als im Vorjahr; die laufende Jahresrate wird in der zweiten Jahreshälfte nurmehr bei rund 2 vH liegen. Für das kommende Jahr ist nochmals mit einer Beruhigung der Preisentwicklung zu rechnen.

Verhaltener Anstieg der Produktion

Die Aufwärtsentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird sich im Verlauf des Jahres 1994 verstärken. Impulse gehen insbesondere vom Export aus, aber zunehmend auch von der Inlandsnachfrage. Die Industrieproduktion wird daher im Jahresverlauf auf breiterer Basis steigen. Nach dem leichten Rückgang im Jahr 1993 wird die Bautätigkeit moderat expandieren. Während der produktionsbezogene Dienstleistungsbereich wieder etwas ausgeprägter wachsen wird, dürfte die Wertschöpfung im Einzelhandel wegen der anhaltenden Schwäche des privaten Verbrauchs noch sinken. Alles in allem wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresverlauf um nahezu 2 vH erhöhen; die Erholung wird sich im kommenden Jahr fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt 1994 errechnet sich eine Zunahme des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts von rund 1 vH.

Arbeitsmarkt reagiert verzögert auf Konjunkturerholung

Die Belebung der Nachfrage wirkt sich noch nicht auf den Arbeitsmarkt aus. Mit der beginnenden Erholung wird zuerst die Arbeitszeit verlängert; erst wenn der Aufschwung an Kraft gewonnen hat, wird auch die Belegschaft aufgestockt. Der Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres zunächst noch fortsetzen. Erst gegen Jahresende dürfte die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr sinken; im Jahresdurchschnitt wird sie um reichlich 400 000 Personen oder 1 ½ vH abnehmen.

Das Erwerbspotential wird 1994 um 150 000 Personen steigen. Das Arbeitsangebot nimmt damit deutlich schwächer als im Vorjahr zu, insbesondere weil die Zuwanderung nachläßt. Zum einen sinken die Zuzüge aus den neuen Bundesländern und die Einwanderung aus Osteuropa, zum anderen wird sich der Zustrom von Asylbewer-

**Arbeitsmarktbilanz für Westdeutschland
in 1 000 Personen**

	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
	Jahresdurchschnitte			
Erwerbspersonen (Inländerkonzept)	30 682	30 949	30 922	30 820
Erwerbstätige Inländer	28 993	29 141	28 652	28 220
davon:				
Selbständige	3 044	3 055	3 046	3 035
Abhängig Beschäftigte	25 949	26 086	25 606	25 185
Arbeitslose	1 689	1 808	2 270	2 600
Arbeitslosenquote in vH ²⁾	5,5	5,8	7,3	8,4
nachrichtlich:				
Pendlersaldo	234	346	362	355
Erwerbstätige im Inland	29 227	29 487	29 014	28 575

¹⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute, Angaben gerundet. — ²⁾ Bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen der Institute.

bern nach Westdeutschland wegen der neuen Asylgesetzgebung verringern. Bei noch schwacher Arbeitskräftenachfrage und gleichzeitig steigendem Arbeitsangebot dürfte die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen erst um die Jahreswende nicht mehr zunehmen. Im Durchschnitt des Jahres 1994 wird die Zahl der Arbeitslosen um rund 330 000 auf 2,6 Mill. Personen steigen und damit um rund eine Million höher sein als vor dem im Frühjahr 1992 einsetzenden Beschäftigungseinbruch.

**Gesamtdeutsches Leistungsbilanzdefizit
verringert sich**

Infolge der lebhaften Weltkonjunktur und der noch schwachen Binnenkonjunktur wird die Ausfuhr von Waren in diesem und auch im nächsten Jahr kräftiger expandieren als die Einfuhr. Dies führt zu einem steigenden Überschuß in der Handelsbilanz². Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz dürfte 1994 spürbar, das in der Übertragungsbilanz nur leicht zunehmen. Der negative Saldo der Leistungsbilanz, der 1993 bei reichlich 36 Mrd. DM lag, wird in diesem und im kommenden Jahr weiter zurückgehen.

Ostdeutschland

Aufwärtsentwicklung gewinnt an Breite

Die Erholung der ostdeutschen Wirtschaft hat trotz der Rezession im Westen nur wenig an Kraft verloren. Nach wie vor wurde sie durch umfangreiche Fördermaßnahmen gestützt.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion blieb 1993 mit einer Zunahme von 7 vH aufwärtsgerichtet, der Anstieg setzte sich bis zuletzt fort. Zum Produktionszuwachs, der

lange Zeit vom Baugewerbe und dem Dienstleistungssektor bestimmt wurde, trug erstmalig auch das verarbeitende Gewerbe bei. Die Industrie steigerte 1993 ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr um knapp 10 vH. Im Baugewerbe hielt der Produktionsaufschwung in kaum vermindertem Tempo an. Vor allem wegen des nur noch langsam expandierenden Verbrauchs der privaten Haushalte stieg dagegen die Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen und im Handel schwächer.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich trotz kräftig steigender Produktion nicht entspannt. Im ersten Halbjahr war zwar die Zahl der Arbeitslosen geringer als im Jahr zuvor, in der zweiten Jahreshälfte nahm sie aber, nicht zuletzt wegen der deutlichen Zurückführung der arbeitsmarktpolitischen Ausgaben, zu. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf die Erwerbspersonen, lag im Jahresdurchschnitt bei 15 vH.

Die Kurzarbeiterzahl sank im Vorjahresvergleich um die Hälfte, die Beschäftigung auf ABM-Stellen um ein Drittel. Auch nahm die Zahl der Personen in der beruflichen Weiterbildung ab. Insgesamt wurden dennoch im Jahresdurchschnitt durch die Arbeitsmarktpolitik 1,5 Mill. Personen vor der offenen Arbeitslosigkeit bewahrt; am Jahresende waren es noch 1,3 Millionen.

Industrie: Ende der Schrumpfungsprozesse

Gemessen an der Produktion hat sich die Lage des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland deutlich verbessert. Die Aufwärtsentwicklung hat eine wachsende Zahl von Industriezweigen erfaßt. Das Niveau der Produktion im

² Infolge der Umstellung in der Erfassung des Intra-EU-Handels sind Zahlen über den Außenhandel ab Anfang 1993 mit großen Unsicherheiten behaftet.

2. Halbjahr 1990 wurde in einer ganzen Reihe von Branchen wieder erreicht oder überschritten. Dies galt anfangs im wesentlichen für die Mineralölverarbeitung, den Schienenfahrzeugbau, die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren sowie das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe; inzwischen sind — vorrangig im Sog der Baukonjunktur und des Fahrzeugbaus — weitere Industriezweige hinzugekommen, wie die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, die Ziehereien und Kaltwalzwerke, die Stahlverformung, die Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen sowie die Herstellung von Kunststoffwaren. Zur Expansion hat nicht zuletzt die Rückkehr der Verbraucher zu einheimischen Produkten, insbesondere im Bereich des Ernährungsgewerbes, beigetragen.

In anderen Branchen zeichnet sich eine Tendenz zur Stabilisierung der Produktion ab. In der feinmechanischen und optischen Industrie sowie bei der Herstellung von ADV-Geräten und -Einrichtungen wurde offenbar in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres der Tiefpunkt der Produktion erreicht, zum Teil kam es danach zu einem leichten Anstieg. Freilich ist das Produktionsniveau sehr niedrig, da die Kapazitäten zuvor bis auf wenige überlebensfähige Bestandteile abgebaut worden waren. Auch im Maschinenbau, der zuvor besonders stark geschrumpft war, scheint der Produktionsrückgang beendet zu sein. Ähnliches gilt auch für die chemische Industrie. Lediglich in der Lederwaren- und Schuhproduktion dauern die Schrumpfungprozesse noch an.

Alles in allem erhöht sich allmählich die Vielfalt der ostdeutschen Industrieproduktion. Auch wenn die Fortschritte beachtlich sind, fehlt es der Aufwärtsentwicklung noch an Tiefe und Kraft.

Investitionen stützen Inlandsnachfrage und Produktion

Die Inlandsnachfrage in Ostdeutschland war in den ersten beiden Jahren nach der Vereinigung sehr viel stärker als die Produktion gestiegen. Im zurückliegenden Jahr nahm die Produktion erstmalig schneller als die Nach-

frage zu. Die Investitionen wurden zum dynamischsten Teil der Inlandsnachfrage. Das hängt vor allem damit zusammen, daß der private Verbrauch, der sich bei den raschen Lohnerhöhungen und der rapiden Ausweitung der Transfer Einkommen zuvor lebhaft erhöht hatte, nur noch wenig expandierte. Die Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner haben in Ostdeutschland die westdeutsche Pro-Kopf-Quote inzwischen übertroffen. Gemessen an der Inlandsnachfrage liegt die Investitionsquote Ostdeutschlands mit 30 vH auf einem Niveau, das den langfristigen Durchschnitt in Westdeutschland beträchtlich übersteigt.

Bei den Bauinvestitionen wird der Wohnungsbau immer mehr zur treibenden Kraft, nachdem die Expansion zunächst vorwiegend vom gewerblichen und vom öffentlichen Bau bestimmt worden war. Stand in den ersten Jahren nach der Vereinigung, angeregt durch gezielte staatliche Stützungen, die Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes im Vordergrund, gewinnt jetzt der Neubau an Schwung. Offene Eigentumsansprüche an Grundstücken werden schrittweise geklärt. Die Baugenehmigungsverfahren wurden in einigen Bundesländern deutlich vereinfacht. Von besonderer Bedeutung ist die Kapung der Altschulden der Wohnungsunternehmen und die damit verbundene Privatisierungsaufgabe. Zunehmend regen auch die niedrigen langfristigen Zinsen die Bautätigkeit an.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben in den vergangenen Jahren kräftig expandiert, wenn auch deutlich schwächer als die Bauinvestitionen. Entscheidend dafür, daß die Umstrukturierung der Industrie vorankommt, ist die Fortsetzung der Investitionsdynamik. Sie ist noch nicht gesichert. Nach einer Umfrage des IWH zu Jahresbeginn erzielten nur 3 von 10 Industrieunternehmen 1993 einen Gewinn. Weitere 14 vH arbeiteten kostendeckend. In mehr als der Hälfte der Unternehmen überstiegen die Kosten die Umsatzerlöse. Günstiger schneiden die neugegründeten, die kleinen und die mittelgroßen Unternehmen ab. Aber auch hier konnte lediglich die Hälfte einen Gewinn erwirtschaften. Bei den Treuhandunternehmen meldeten sogar 8 von 10 einen Verlust.

Ost- und Westdeutschland im Vergleich¹⁾
Westdeutschland = 100

	1991	1992	1993	1994 ²⁾
Bruttoinlandsprodukt	27,7	34,5	40,8	44,9
Privater Verbrauch	50,6	57,9	62,4	64,7
Bruttoanlageinvestitionen	62,2	80,3	103,0	119,4
Verfügbares Einkommen	47,3	58,1	61,8	64,4
nachrichtlich: Lohnstückkosten ³⁾	175,8	162,0	149,4	147,4

1) Basierend auf Angaben in jeweiligen Preisen und je Einwohner. — 2) Vorausschätzung der beteiligten Institute. —

3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inlandskonzept) in vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute.

Die Investitionstätigkeit mußte zu einem erheblichen Teil von der öffentlichen Hand gestützt werden. In den kommenden Jahren dürften diese Transfers nicht mehr erhöht werden. Die Investitionsmittel sind also zunehmend von den Unternehmen selbst zu erwirtschaften. Dazu muß das Kostenniveau spürbar sinken; soll dabei die Beschäftigung nicht weiter zurückgehen, ist das Anpassungstempo der Löhne weiter zu verringern.

Der Rückstand bei der Produktivität hat sich vermindert. Im Jahre 1993 lag das nominale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ostdeutschland bei rund 40 vH des westdeutschen Niveaus³. Die Lohnstückkosten sind aber immer noch um rund 50 vH höher als im Westen.

Ausblick

Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland 1994 um etwa 7 ½ vH und die Industrieproduktion um 13 vH zunehmen. Da der Aufbau von Infrastruktur und Wirtschaft noch lange andauern wird, kommt dem Baugewerbe naturgemäß weiterhin große Bedeutung zu. Dort werden die Zuwachsraten zweistellig bleiben, sie werden aber geringer als bisher ausfallen. Auch die Dienst-

leistungsbereiche tragen zur Aufwärtsentwicklung bei. Allerdings wird die Leistung der konsumbezogenen Bereiche und des Einzelhandels wegen des nur moderat steigenden privaten Verbrauchs nur relativ wenig zunehmen; dagegen wird die Wirtschaftsleistung der produktionsbezogenen Dienste, des Großhandels und der meisten Verkehrsbereiche stärker zulegen.

Mit der Erholung der Konjunktur in Westdeutschland und im übrigen Westeuropa werden die Bedingungen für den Produktionsanstieg in Ostdeutschland allmählich günstiger. Wachstumsimpulse kommen dann auch aus dem Export.

Die kräftige Zunahme der Produktion wird aber angesichts des hohen Rationalisierungsdrucks nach wie vor von einer schwachen Nachfrage nach Arbeitskräften begleitet sein. Eine Entspannung am Arbeitsmarkt ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil die finanzielle Ausstattung des „zweiten“ Arbeitsmarktes eingeschränkt worden ist. Jedoch dürfte 1994 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt die Talsohle erreicht werden.

³ Wegen der gravierenden Preis- und Kostenunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland im Preisbasisjahr 1991 sind Vergleiche realer Niveaus von eingeschränkter Aussagekraft.

Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland
in 1 000 Personen

	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
	Jahresdurchschnitte			
Erwerbstätige im Inland	7 219	6 344	6 128	6 070
darunter: ABM-Beschäftigte	183	388	260	220
Kurzarbeiter	1 616	370	182	110
Frühverrentete	540	810	850	650
Teilnehmer an beruflicher Vollzeitweiterbildung	220	430	350	230
Arbeitslose	913	1 170	1 149	1 220
Pendlersaldo	290	365	355	335
Erwerbstätige Inländer	7 509	6 709	6 483	6 405
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	362	411	445	475
Abhängig Beschäftigte	7 147	6 298	6 038	5 930
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
Erwerbstätige im Inland	-1 616	-875	-216	-60
Frühverrentete	300	270	40	-200
Teilnehmer an beruflicher Vollzeitweiterbildung	160	210	-80	-120
Arbeitslose	673	257	-21	70
Pendlersaldo	211	75	-10	-20
Erwerbstätige Inländer	-1 405	-800	-226	-80
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	94	49	34	30
Abhängig Beschäftigte	-1 499	-849	-260	-110

¹⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute, Angaben gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen der Institute.

Der Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe dürfte bis Jahresende zum Stillstand kommen. In der Land- und Forstwirtschaft, der Energieversorgung und dem Bergbau, sowie beim Staat und im Verkehrswesen wird er sich dagegen fortsetzen. Mit einem Beschäftigungsaufbau ist nach wie vor im Baugewerbe und bei den Dienstleistungen, aber auch im Einzelhandel zu rechnen. Insgesamt wird die Arbeitslosenzahl 1994 voraussichtlich um 70 000 Personen steigen. Dies bedeutet eine Arbeitslosenquote von 16 vH im Jahresdurchschnitt.

Öffentliche Finanzen

Steigende Abgabenbelastung und zunehmende Staatsquote

Die Expansion der Ausgaben des Bundes fiel 1993 mit 7,1 vH immer noch kräftig aus. Ausschlaggebend hierfür waren die rezessionsbedingten Mehraufwendungen; ohne die Zahlungen für die Arbeitslosenhilfe und den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit hat sich 1993 der Anstieg der Ausgaben auf 2 ½ vH halbiert. Dies zeigt, daß die Finanzpolitik bereits auf Sparkurs ist. Auch die Länder und Gemeinden haben ihre Einsparbemühungen intensiviert; ihre Ausgaben haben im Verlauf des Jahres merklich schwächer zugenommen, sie erhöhten sich aber immer noch um etwa 5 vH.

In diesem Jahr werden die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung auf Sparkurs bleiben. Dazu tragen die Maßnahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms, vor allem aber die Regelungen des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms bei; diese Programme führen dazu, daß die Sozialleistungen deutlich abgeschwächt zunehmen. Auch die Personalausgaben des Staates werden aufgrund niedriger Lohnanhebungen

bei abnehmendem Personalbestand nur schwach steigen. Hinzu kommen zusätzliche Ausgabenkürzungen des Bundes (z.B. bei den Verteidigungsausgaben) sowie Einschnitte bei den Investitionen der Länder und Gemeinden im Westen; im Osten werden die öffentlichen Investitionen dagegen weiterhin beträchtlich zunehmen. Die Zinsausgaben werden sich infolge der hohen öffentlichen Neuverschuldung im vergangenen Jahr besonders stark erhöhen, zumal im Zusammenhang mit der Bahnreform zum Jahresbeginn Schulden von knapp 70 Mrd. DM auf den Bund übergegangen sind. Ausgabensteigernd wirken daneben die arbeitsmarktbedingten Mehraufwendungen, die Alt-schuldenhilfe für die ostdeutsche Wohnungswirtschaft sowie die Übertragungen an die EU. Die gesamten Ausgaben des Staates werden deshalb 1994 trotz der Sparmaßnahmen mit 5 vH stärker zunehmen als das nominale Bruttosozialprodukt, so daß sich die Staatsquote, d.h. der Anteil der Staatsausgaben am nominalen Bruttosozialprodukt, auf knapp 52 vH erhöhen wird.

Zum Jahresbeginn 1994 sind die Mineralölsteuer und der Beitragssatz zur Rentenversicherung kräftig angehoben worden. Zusammen mit der konjunkturellen Erholung wird dies dazu führen, daß sich der Anstieg der Einnahmen des Staates beschleunigt. Hinzu kommt die hohe Gewinnablieferung der Bundesbank. Die gesamte Abgabenbelastung (Steuern und Sozialbeiträge in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt) wird in diesem Jahr mit 44,6 vH einen neuen Höchststand erreichen. 1995 werden bei dem eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs weitere Abgabenerhöhungen wirksam: Der Solidaritätszuschlag (7,5 vH auf die Steuern auf Einkommen) wird wieder eingeführt, die Vermögensteuer und nochmals die Versicherungssteuer werden erhöht. Nach der kräftigen Steigerung der Rentenversicherungsbeiträge zum Jahresbeginn dürfte die Belastung durch die „traditionellen“ Sozialab-

Entwicklung des Staatsdefizits
in Mrd. DM

	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
Gebietskörperschaften ²⁾	-112,2	-82,8	-114,0	-114,5
Treuhandanstalt	-19,9	-29,6	-38,1	-44,0
Gebietskörperschaften ²⁾ einschließlich Treuhandanstalt	-132,1	-112,4	-152,1	-158,5
Gebietskörperschaften ³⁾	-123,7	-116,1	-150,0	-155,0
Gebietskörperschaften ³⁾ einschließlich Treuhandanstalt	-143,6	-145,7	-188,1	-199,0
nachrichtlich:				
Sozialversicherung ²⁾	21,3	4,4	12,2	14,0
Staat insgesamt ²⁾	-90,9	-78,4	-101,8	-100,0

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute, Angaben gerundet. — 2) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 3) In der Abgrenzung der Finanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Berechnungen der Institute.

Öffentliche Finanztransfers an Ostdeutschland
in Mrd. DM

	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
Finanztransfers an Gebietskörperschaften²⁾	107,0	115,2	116,5	120,1
— Fonds „Deutsche Einheit“	35,0	36,1	36,4	34,6
— Nettotransfers des Bundes	59,2	65,1	65,7	70,0
— Umsatzsteuerausgleich der Länder	10,8	11,5	11,4	12,5
— Transfers der Länder	2,0	2,5	3,0	3,0
Finanztransfers an Sozialversicherungen	21,4	40,4	47,0	41,0
— Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung	21,4	35,4	39,0	31,0
— Zuschuß an die Rentenversicherung	0,0	5,0	8,0	10,0
Finanztransfers insgesamt²⁾	128,4	155,6	163,5	161,1
nachrichtlich: Finanzierungsdefizit der Treuhandanstalt	19,9	29,6	38,1	44,0

¹⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute. — ²⁾ Ohne Mindereinnahmen in Westdeutschland durch Inanspruchnahme von Investitionszulagen für Investitionen in den neuen Bundesländern, ohne kreditfinanzierte Aufwendungen der Treuhandanstalt sowie ohne Zinssubventionen für ERP-Kredite.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Berechnungen der Institute.

gaben im Verlauf der Jahre 1994 und 1995 — infolge eines sinkenden Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung — geringfügig abnehmen, im Jahr 1995 wird allerdings die Pflegeversicherung mit einem Beitragssatz von 1 vH in der ersten Stufe eingeführt. Insgesamt wird die Abgabenbelastung 1995 mit mehr als 45 vH um reichlich 1 ½ Prozentpunkte höher sein als 1990.

Trotz der Einsparmaßnahmen und der Erhöhung der Abgaben wird sich die angespannte Finanzlage des Staates 1994 wegen der genannten Mehraufwendungen noch nicht verbessern. Das Staatsdefizit in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wird — unter Einbeziehung der Neuverschuldung der Treuhandanstalt, deren Schulden in Höhe von insgesamt 230 Mrd. DM der Bund 1995 übernehmen muß — vielmehr leicht auf 144 Mrd. DM steigen und erst 1995 merklich abnehmen. Für die Gebietskörperschaften zuzüglich Treuhandanstalt ist in diesem Jahr ein Anstieg der Haushaltsfehlbeträge von rund 152 Mrd. DM auf knapp 160 Mrd. DM zu erwarten. Das Ausmaß der Kreditaufnahme wird in der VGR-Abgrenzung unterzeichnet. In der in dieser Hinsicht maßgeblichen finanzstatistischen Abgrenzung fällt die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften und der Treuhandanstalt zu-

sammen stärker aus; sie steigt von 188 Mrd. DM auf rund 200 Mrd. DM.

Die Finanzlage der Sozialversicherung wird sich dagegen weiter verbessern. Sie dürfte — unter Berücksichtigung des Finanzausgleichs der Bundesanstalt für Arbeit durch den Bund — den Kapitalmarkt in diesem Jahr mit rund 14 Mrd. DM entlasten. Dies ist auf die kräftige Anhebung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung zurückzuführen sowie darauf, daß die Beitragssätze in der Krankenversicherung voraussichtlich nur zögerlich zurückgenommen werden. Auch 1995 ist mit einem weiteren Anstieg des Überschusses zu rechnen, wenn die verbesserte Finanzlage in der Rentenversicherung nicht zu einer Senkung des Beitragssatzes genutzt wird.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte wird in diesem Jahr unter Einschluß der zu Jahresbeginn übernommenen Altschulden der Bahn sowie unter Einbeziehung der Schulden der Treuhandanstalt und des Kreditentwicklungsfonds, die Anfang 1995 auf den Erblastentilgungsfonds übergehen und damit in die Verschuldung der öffentlichen Haushalte einbezogen werden, von knapp 1,7 Bill. DM auf rund 2 Bill. DM steigen; die Staatsschuld wird sich damit, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, von 54 vH auf 61 vH erhöhen.

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Das beherrschende Thema der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit. Nicht erst seit dem Überschreiten der Marke von 4 Millionen Erwerbslosen in Ost und West im Winter dieses Jahres wird immer wieder die Frage gestellt, ob sich die westlichen Industrieländer und darunter insbesondere Westeuropa mit einer hohen Arbeitslosigkeit abfinden müssen. In der europäischen Union sind 11 vH aller Erwerbspersonen ohne Arbeit, und selbst in den USA waren es zuletzt immer noch 6 ½ vH⁴.

Sorge bereitet vor allem, daß es in den achtziger Jahren in vielen Ländern trotz des langen konjunkturellen Aufschwungs nicht gelungen ist, die Arbeitslosigkeit auf Werte zu reduzieren wie vor der Rezession am Beginn des Jahrzehnts. Aber auch in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stieg die Arbeitslosigkeit auf ein dauerhaft höheres Niveau: Von Rezession zu Rezession wird der Sockel offenbar höher. Es ist vor allem dieses Bild, das die Diskussion beherrscht und die Lösungsvorschläge prägt.

Vielfach wird das Entstehen eines neuen und höheren Arbeitslosensockels nach einer Rezession als strukturelles

Phänomen angesehen. Richtig daran ist, daß in der Rezession auch strukturelle Bereinigungsprozesse stattfinden. Produktionen werden stillgelegt, Arbeitskräfte verlieren ihren Arbeitsplatz, und sie finden umso schwerer einen neuen, je weniger ihre Qualifikationen den Anforderungen der im Aufschwung expandierenden Branchen entsprechen und je länger die rezessiven Phasen anhalten. Eine derartige strukturelle Arbeitslosigkeit ist jedoch kein der Marktwirtschaft inhärentes Phänomen, und in der Nachkriegszeit ist erst zweimal ein höherer Sockel an Arbeitslosigkeit entstanden. In Rechnung stellen muß man auch, daß die achtziger Jahre zwar einerseits einen langen Aufschwung der Weltwirtschaft brachten, andererseits aber gerade in Europa die erste Hälfte der achtziger Jahre von dem — schließlich erfolgreichen — Versuch gekennzeichnet war, hohe und verhärtete Inflationsraten abzubauen, was bei rigiden Löhnen nicht ohne Wachstums- und Beschäftigungseinbußen möglich war. Bis 1988 etwa

⁴ Diese Quoten sind standardisierte Werte, wie sie von der OECD ermittelt werden. Die in den nationalen Statistiken ausgewiesenen Quoten lassen sich nicht ohne weiteres vergleichen.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1992	1993	1994 ¹⁾	1992	1993	1994 ¹⁾	1992	1993	1994 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt ²⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,6	-1,9	1,0	9,7	7,1	7,5	2,1	-1,2	1,5
Erwerbstätige ³⁾ (1 000 Personen)	29 487	29 014	28 575	6 344	6 128	6 070	35 831	35 142	34 645
Arbeitslose (1 000 Personen)	1 808	2 270	2 600	1 170	1 149	1 220	2 978	3 419	3 820
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (in vH)	5,8	7,3	8,4	14,8	15,1	16,0	7,7	8,9	9,9
Verbraucherpreise ⁵⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	4,0	3,4	3,0	10,1	7,9	4,0	4,7	4,0	3,0
Finanzierungssaldo Staat ⁶⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	-78,5	-101,8	-100,0
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	-39,4	-36,2	-28,0

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) In Preisen von 1991. — 3) Im Inland. — 4) Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose). — 5) Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 6) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 7) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Berechnungen der Institute.

stiegen in Frankreich und Italien die Arbeitslosenquoten trotz weltweiter konjunktureller Erholung. Westdeutschland, das bei der Preisstabilität eine Führungsrolle in Europa hatte, konnte ab Mitte der achtziger Jahre große Erfolge auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen. Auf dem Höhepunkt des Booms, im Jahre 1991, war die Zahl der Erwerbstätigen um 3 ½ Millionen höher als 1983, und die — wiederum OECD-standardisierte — Arbeitslosenquote lag bei knapp 4 ½ vH. Selbst die USA erreichten auf dem Höhepunkt des letzten Aufschwungs im Jahr 1989 eine Quote von nur rund 5 vH.

Die These, das Entstehen des Arbeitslosensockels habe strukturelle Ursachen, wird häufig mit der Vermutung verbunden, konjunkturellen Vorgängen käme beim Abbau der Arbeitslosigkeit nur eine geringe Bedeutung zu. Eine solche Argumentation verkennt aber die Dynamik der marktwirtschaftlichen Entwicklung und die Rolle der Investitionen darin. In einer Marktwirtschaft ist die Schaffung von Arbeitsplätzen kein Selbstzweck. Unternehmer investieren, weil sie sich einen Gewinn davon versprechen, wenn sie neue Produkte oder Produktionsverfahren am Markt testen. Arbeitsplätze entstehen im Zuge dieses Prozesses, wenn die Unternehmen ihre Produkte gewinnbringend am Markt absetzen können. Die Unternehmen im Ganzen können aber — unabhängig von den Chancen und Risiken des einzelnen — nur erfolgreich sein, wenn die makroökonomischen Bedingungen stimmen. Dazu gehört, daß die Kosten der Unternehmen nicht stärker steigen, als es bei ausreichend hohen Gewinnen mit Preisstabilität vereinbar ist. Dazu gehört aber auch, daß die Nachfrage groß genug ist, um das Angebot zu diesen gewinnbringenden Preisen zu kaufen. Das wiederum setzt voraus, daß die Geldpolitik die Ausweitung von Angebot und Nachfrage auf eine Weise finanziert, die die Investitionstätigkeit selbst nicht beeinträchtigt, und daß die Endnachfrage in der Summe groß genug für das gesamte Angebot ist. Damit die Anreize nicht nur zum Investieren groß sind, sondern auch zum Schaffen besonders vieler Arbeitsplätze, muß freilich die Lohnhöhe besondere Gewinne aus der Beschäftigung von Arbeitskräften versprechen. Das erfordert, daß es in Rezession und Aufschwung zu einer Korrektur der Löhne kommt, die in der Hochkonjunktur gewöhnlich über das Niveau hinauschießen, das auf die Dauer mit einem hohen Beschäftigungsstand zu vereinbaren ist.

Sind die genannten Bedingungen nicht gegeben, erlahmt die Investitionstätigkeit und mit ihr die Angebots- und die Nachfragedynamik. Letztlich ist es nämlich die Investitionstätigkeit, die gesamtwirtschaftlich Angebot und Nachfrage bestimmt. Beim Angebot ist es unmittelbar einsichtig. Aber auch bei der Nachfrage ist es nicht von der Hand zu weisen. Nur durch Investitionen entstehen neue Arbeitsplätze und Einkommen. Die Nachfrage kann auf längere Sicht nicht unabhängig von der Investitionstätigkeit sein.

Ob günstige Bedingungen für eine hohe Investitionsdynamik gegeben sind, ist auch eine konjunkturelle Frage.

Zwar bestimmt der Staat mit der Setzung allgemeiner Rahmenbedingungen und mit Hilfe vielfältiger Interventionen die Richtung, in die sich die Wirtschaft entwickelt. Mit den steuerlichen Rahmenbedingungen beeinflußt er auch die Höhe der Kosten für die Investoren. Im übrigen aber entscheidet sich die Frage nach der Dynamik bei der Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen im konjunkturellen Ablauf. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen gesamtwirtschaftlich gesehen nur im Aufschwung, und sie verschwinden nur im Abschwung. Nur wenn die Investitionsdynamik im Aufschwung groß ist und lange anhält, werden genügend Arbeitsplätze geschaffen, um die Freisetzen aus der vorangegangenen Rezession auszugleichen.

Über Intensität und Dauer des Investitionsanstiegs entscheiden aber letztlich Geld- und Lohnpolitik. Die Lohnpolitik muß die Produktivitätsentwicklung strikt zu ihrer Leitschnur machen und auf Umverteilungsversuche verzichten, die nur in Inflation und Beschäftigungsrückgang enden können. Die Geldpolitik muß einerseits das potentielle reale Wachstum der Volkswirtschaft finanzieren, um die Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu behindern, andererseits aber keinen Raum für inflationäre Übersteigerungen auf der Nachfrage- wie der Kostenseite entstehen zu lassen.

Sind solche Bedingungen gegeben, ist eine hohe Investitionsdynamik, die Durchsetzung neuer Produkte am Markt und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hohen Produktivitätszuwachsen ebenso vereinbar wie mit niedrigen. Entscheidend ist nur, daß alle Anbieter von Produktionsfaktoren, also Arbeits- und Kapitalanbieter, bereit sind, ihre Entlohnung auf mittlere Sicht dem Tempo der Produktivitätsentwicklung anzupassen. Die USA bieten ein Beispiel für eine Volkswirtschaft mit relativ niedrigem Produktivitätsfortschritt, aber großer Arbeitsplatzdynamik. Deutschland in den fünfziger Jahren und viele Schwellenländer heute sind Beispiele für Volkswirtschaften mit großen Produktivitätsfortschritten und ebenfalls enormen Erfolgen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Vielfach trifft man auf die Vorstellung, eine Volkswirtschaft habe — quasi vorgegeben — einen bestimmten Produktivitätsfortschritt zu erwarten, könne dies aber nicht in ein Wachstum umsetzen, das über der Produktivitätszunahme liegt, so daß neue Arbeitsplätze nicht entstehen. Eine Volkswirtschaft, die erfolgreich bei der Verbesserung der Produktionsverfahren ist, kann ebenso erfolgreich bei der Schaffung von neuen Produkten sein, von Produkten also, für deren Produktion es noch keine Arbeitsplätze gibt. Die Investitionsdynamik läßt sich nicht nur für die Steigerung der Produktivität, sondern auch für die Entwicklung neuer Produkte und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen nutzen.

Dafür müssen bestimmte makroökonomische Konflikte vermieden werden. Der typische Fall eines solchen Konflikts entsteht durch Lohnforderungen, die zwar oberhalb

des gesamtwirtschaftlich zu erwartenden Produktivitätsfortschritts liegen, denen die Arbeitgeber aber zustimmen, weil sie hoffen, den Kostendruck in höheren Preisen weitergeben zu können. Gelingt das nicht, weil die Geldpolitik dagegenhält, wird die Investitionstätigkeit via hohe Zinsen gebremst, und die Beschäftigung sinkt. Da im Zuge des Rückgangs der Beschäftigung die Produktivität weniger stark sinkt als die Produktion, ergibt sich eine Schere zwischen Produktivität und Wachstum. Diese ist tatsächlich nur Reflex des Konflikts von Geld- und Lohnpolitik, wird aber von vielen als eine eigenständige Erklärung für das Entstehen von Arbeitslosigkeit angesehen. Die Phasen, in denen eine solche Schere entsteht, lassen sich jedoch sehr genau lokalisieren. Es sind die Rezessionsphasen. Die Aussage, es sei eine Schere zwischen Produktivität und Produktion zu beobachten, bedeutet nichts anderes als die Aussage, es sei Arbeitslosigkeit entstanden. Weder für Diagnose noch für Therapie bietet diese Feststellung geeignete Ansätze.

In West- und in Ostdeutschland kommt es in den nächsten Jahren darauf an, eine von der privaten Investitionstätigkeit getragene Aufwärtsentwicklung zu realisieren. Gelingt das, werden — eine angemessene Lohnpolitik vorausgesetzt — Arbeitsplätze in großer Zahl geschaffen. Je höher die Produktivitätszuwächse dabei sind, umso besser. Ostdeutschland sollte rasch aufholen, in Westdeutschland sind die Einkommen durch die Vereinigung sehr stark belastet worden. Hohe Produktivitätssteigerungen erleichtern den Anpassungsprozeß, ohne die Beschäftigungsentwicklung zu belasten. Die Produktivität und das Entstehen neuer Produkte sind die Quellen des Einkommens; bringt man sie zum Versiegen, können auch die Einkommen nicht mehr steigen. Eine geringere Investitionsdynamik, ein geringerer Anstieg der Arbeitsproduktivität verhelfen nicht zu mehr Arbeitsplätzen. Damit wird unmittelbar die Einkommensentstehung vermindert und was noch schwerer wiegt, die Schaffung neuer Produkte, die neue Arbeitsplätze mit sich bringt. Gefordert ist allerdings die Bereitschaft des einzelnen, sich dem Tempo des Strukturwandels, das mit hohen Produktivitätszuwächsen verbunden ist, anzupassen. Einen Arbeitsplatz sollte jeder Arbeitswillige haben. Daß es immer derselbe Arbeitsplatz ist, kann niemand garantieren, ohne den Erfolg des Ganzen zu gefährden.

Der Staat muß den Strukturwandel durch Deregulierung und Flexibilisierung der Märkte fördern. In großen Bereichen der Wirtschaft, die nicht unmittelbar der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind, droht der Mißbrauch von Marktmacht. Das gilt beispielsweise für vom Staat geschaffene oder geduldete Monopole und Kartelle bei der Energieversorgung, der Entsorgung, in Teilen von Verkehr und Finanzwirtschaft. So ist es nicht hinzunehmen, daß Unternehmen in der Energieversorgung unter Einsatz monopolistischer Gewinne in andere Märkte vordringen, statt die Preise für das Angebot von Energie zu senken. Auch spricht es für mangelnden Wettbewerb und die

Abschottung von Märkten, wenn die Banken, jedenfalls in ihrer Gesamtheit, selbst in der Rezession Gewinne ausweisen, die über jene hinausgehen, die die meisten anderen Wirtschaftszweige in der Hochkonjunktur erzielen können. Hier liegen dringend zu lösende Aufgaben für die Wettbewerbspolitik. Die Umsetzung des Binnenmarktprogramms der EU sollte vorangetrieben werden, um den Wettbewerb zu intensivieren; dazu gehört auch, daß Bestimmungen zur Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens erlassen werden. Ferner sollte dieses Programm so erweitert werden, daß Wirtschaftszweige wie Energiewirtschaft und Telekommunikation in den innereuropäischen Wettbewerb voll einbezogen werden.

Finanzpolitik⁵

Nachdem die Ausgaben des Staates in den Jahren 1991 und 1992 im Gefolge der deutschen Einigung sehr rasch gestiegen sind, ist die Finanzpolitik im Lauf des Jahres 1993 auf einen Sparkurs eingeschwenkt. Den diskretionären Kürzungen verschiedener Ausgaben steht allerdings der konjunkturbedingte Anstieg anderer Ausgaben gegenüber. Hinzu kommt die Zunahme der Zahlungen für Zinsen, die durch die hohe Neuverschuldung im Vorjahr und die Übernahme der Schulden der Bahn bedingt ist. Das Staatsdefizit wird deshalb in diesem Jahr kaum geringer als im zurückliegenden Jahr sein, obwohl zu Jahresbeginn die Mineralölsteuer und der Beitragssatz zur Rentenversicherung angehoben worden sind.

Für das kommende Jahr zeichnet sich allerdings ein Rückgang des Defizits ab. Mit der Besserung der Konjunktur werden die Steuereinnahmen kräftiger fließen, und der Anstieg der konjunkturabhängigen Ausgaben wird sich merklich verlangsamen. Außerdem werden der Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5 vH zur Einkommen- und Körperschaftsteuer wieder eingeführt und die Steuern auf Vermögen und Versicherungen erhöht.

Freilich geht die Rückführung des Defizits zu Lasten der privaten Haushalte und der Unternehmen. Die Staatsquote und die Belastung mit Steuern und Abgaben nehmen in diesem Jahr weiter zu und werden sich auch im kommenden Jahr erhöhen; bei den beschlossenen massiven Abgabenerhöhungen droht die Konsolidierung damit zum fiskalischen Selbstzweck zu werden. Ein geringeres Defizit im öffentlichen Haushalt bedeutet noch nicht eine solidere Finanzpolitik, und die Hinnahme eines höheren Defizits kann durchaus signalisieren, daß die Finanzpolitik die Wachstumskräfte stärkt. Der Staat entzieht der freien Verwendung durch private Haushalte und Unternehmen bereits gegenwärtig finanzielle Mittel in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß. Er beansprucht für seine Ausgaben über die Hälfte des Bruttosozialprodukts, und die jetzt angestrebte Verringerung des Defizits läuft darauf hinaus, daß

⁵ Das DIW vertritt hinsichtlich der Beurteilung der Finanzpolitik eine andere Meinung. Diese ist am Ende der Diagnose dargelegt.

er künftig den Unternehmen und Arbeitnehmern einen noch größeren Teil ihrer Wertschöpfung entzieht. Es liegt in der Natur der Dinge, daß diejenigen Privaten am meisten getroffen werden, die in besonderem Maße zur Wertschöpfung beitragen. Mit einer Beeinträchtigung der Investitionsneigung und der Leistungsanreize muß also gerechnet werden. Zu bezweifeln ist auch, daß die Märkte diese Art der Verringerung des Defizits in den öffentlichen Haushalten als Beitrag zur Stärkung des Standortes Deutschland werten, bedeutet sie doch, daß die finanziellen Belastungen an dem Standort noch größer werden.

Die Bundesregierung sieht durchaus die Notwendigkeit, die Belastung von Unternehmen und Arbeitnehmern mit Abgaben zurückzuführen. Sie knüpft dies jedoch an die Voraussetzung, daß — neben einer vorherigen Verringerung des Anstiegs der staatlichen Ausgaben — die staatlichen Einnahmen so zugenommen haben, daß es Spielräume für Einnahmeverzichte gibt. Die Institute haben schon früher darauf verwiesen, wie wenig schlüssig eine solche Sicht ist. Der Verzicht auf Einnahmen ist selbst eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Zunahme der Ausgaben gedrückt werden kann. Solange die Einnahmen im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs lebhaft geflossen sind, haben die Ausgaben kräftig zugenommen, und erst der rezessionsbedingte geringere Einnahmewachstum hat zu der Verminderung der Ausweitung der Ausgaben geführt. Auch ist es irrig zu fordern, die Wirtschaft müsse sich durch rasches Wachstum und steigende Steuereinnahmen den Spielraum für Steuersenkungen gleichsam erst verdienen. Steuersenkungen sind nicht die Krönung der wirtschaftlichen Expansion, sondern sie sind eine Vorbedingung dafür, daß sich die Wirtschaft lebhaft entwickeln kann.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem von 1996 an das Existenzminimum von der Lohn- und Einkommensteuer freizustellen ist, ergibt sich ein neues Problem für die Finanzpolitik. Soll diese Freistellung innerhalb des Systems der Einkommensbesteuerung aufkommensneutral erfolgen, dann müßten die Progression des Steuertarifs und damit seine wachstumshemmenden Wirkungen beträchtlich zunehmen. Im Zuge der Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichts sollte daher eine Reform der Besteuerung in Angriff genommen werden. Dabei sollte der linear-progressive Tarif erhalten bleiben und der Spitzensteuersatz bei einem höheren Einkommen als bisher greifen. Aufgrund der Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag kann der Progressionsanstieg weniger steil ausfallen als im derzeit geltenden Einkommensteuertarif. Zugleich sollte die schrittweise Verringerung des Solidaritätszuschlags beginnen. Damit würden die öffentlichen Haushalte einem starken Zwang zum Sparen ausgesetzt, der insbesondere auch die Finanzhilfen betreffen sollte. Auf der unteren Ebene der Gebietskörperschaften würde damit wohl auch ein verstärkter Druck zur Verlagerung von Aufgaben auf private Unternehmen und zur Privatisierung kommunaler Betriebe und Einrichtungen ausgeübt. Zur

Finanzierung der Steuerreform sollten ferner die Möglichkeiten der steuerlichen Gestaltung zum Zwecke der Steuervermeidung eingeschränkt werden.

Lohnpolitik

In Westdeutschland hat sich die Tarifautonomie 1994 in einer äußerst schwierigen Wirtschaftslage bewährt. Trotz erheblicher Spannungen im Vorfeld der Verhandlungen und anscheinend kaum überbrückbarer Differenzen zwischen Forderungen und Angeboten sind Ergebnisse zustande gekommen, die in vieler Hinsicht den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen.

Die Institute hatten im Herbst vergangenen Jahres der Lohnpolitik in Westdeutschland eine Linie von etwa 2 vH unter Berücksichtigung der branchenmäßig unterschiedlichen Gegebenheiten empfohlen. Tatsächlich dürfte sich im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft nunmehr ein Lohnanstieg von knapp 2 vH ergeben. Eine Reihe von Branchen und der öffentliche Dienst sind deutlich unter dieser Marke geblieben. Real, also unter Berücksichtigung der Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe, werden die Löhne sinken. Nimmt man hinzu, daß es eine Reihe von Belastungen durch die Erhöhung von Steuern und anderen Abgaben gibt, ist sogar ein deutlicher Rückgang der Kaufkraft der Arbeitnehmer zu erwarten. Wie immer dies unter konjunkturellen Aspekten zu würdigen ist, es zeigt hohe Flexibilität der Tarifpartner auch in schwierigen Zeiten.

In diesen Abschlüssen für Westdeutschland kommt auch die Bereitschaft zum Ausdruck, die unvermeidlichen Belastungen im Zuge der deutschen Vereinigung nunmehr zu akzeptieren. War in der ersten Phase der Vereinigung allenthalben der Versuch unternommen worden, die Kosten der vom Staat ausgehenden Umverteilung von West nach Ost auf andere abzuwälzen und damit inflationären „Lösungen“ Vorschub zu leisten, sind gerade diese Tarifabschlüsse ein Beleg dafür, daß solche inflationären Auswege nicht mehr gesucht werden.

Die Unternehmen, insbesondere die in der Industrie, haben im vergangenen Jahr in großem Maße rationalisiert und damit Potentiale für eine spürbare Kostenentlastung geschaffen. Bei nicht weiter rückläufiger Produktion ist das Produktionsergebnis je Beschäftigten und je Beschäftigtenstunde im Verlauf des vergangenen Jahres erstmals seit Anfang 1992 wieder gestiegen, die Lohnstückkosten sind deutlich gesunken. Sobald ein Aufschwung in Gang kommt und die Auslastung der Produktionsanlagen steigt, wird sich diese Kostenentlastung nochmals erheblich verstärken, so daß von dieser Seite die Bedingungen für eine kräftige Belebung der Investitionstätigkeit gegeben sind.

In einigen Tarifverträgen des laufenden Jahres sind Voraussetzungen für eine größere Flexibilität der Unternehmen beim Arbeitseinsatz geschaffen worden. Die Möglichkeiten der Betriebe, die Arbeitszeit den betrieblichen Notwendigkeiten anzupassen, werden damit vergrößert.

Das gilt insbesondere für Arbeitszeitverkürzungen, aber auch Arbeitszeitverlängerungen sind in einem gewissen Rahmen möglich. Diese Art von Flexibilisierung ist grundsätzlich zu begrüßen. In einem System mit weitgehend zentralisierten Lohnverhandlungen, also einem für das einzelne Unternehmen vorgegebenen Lohnsatz, sollte für die Unternehmen die Dispositionsfreiheit bezüglich des Arbeitseinsatzes grundsätzlich hoch sein. Gibt es diese Flexibilität, können die Unternehmen — wie das Beispiel Volkswagen zeigt — auf einen Rückgang der Auslastung der Kapazitäten anders als nur mit Entlassungen reagieren. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, selbstverständlich ohne Lohnausgleich, kann negative konjunkturelle Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gleichmäßiger verteilen und damit unerwünschte politische und soziale Folgen der Arbeitslosigkeit eindämmen helfen.

Eine solche Regelung sollte allerdings auch die Möglichkeit der Rückkehr zu einer längeren Arbeitszeit beinhalten. Ist das gewährleistet, ergeben sich auch unmittelbar ökonomische Vorteile der Arbeitszeitflexibilisierung, da das Humankapital der Arbeitskräfte erhalten bleibt und das Unternehmen erhebliche Kosten bei der Freisetzung und der Wiedereinstellung von Arbeitskräften spart.

Fortschritte hat diese Tarifrunde offenbar auch hinsichtlich der Verlängerung der Maschinenlaufzeiten in Westdeutschland gebracht, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern hilft, ohne die Belastung des einzelnen Arbeitnehmers über das heute übliche Maß hinaus zu erhöhen. Dies eröffnet, wie betriebliche Erfahrungen nach den Arbeitszeitverkürzungen der achtziger Jahre gezeigt haben, durchaus die Chance für effektive Lösungen in der Produktion. Schließlich hat der Abschluß in der chemischen Industrie deutlich gemacht, daß die Öffnung des Tarifvertrags für Berufsanfänger nach unten kein Tabu mehr ist.

In Ostdeutschland hat sich das Tempo der Zunahme der Löhne ebenfalls vermindert. Stiegen die Tariflöhne im vergangenen Jahr um etwa 13 vH, werden es in diesem Jahr noch etwa 9 vH sein. Bei einer Preissteigerungsrate von knapp 4 vH erhöhen sich die Reallöhne damit noch einmal beträchtlich — insbesondere im Vergleich zu Westdeutschland. Nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben ist der Zuwachs deutlich geringer, das reale verfügbare Einkommen stagniert sogar.

Zu einer fundamentalen Verteilungskorrektur zugunsten der Unternehmen kommt es in Ostdeutschland 1994 gleichwohl noch nicht. Zwar steigt die Produktivität in der Gesamtwirtschaft erstmals rascher als die Lohnsätze, die daraus sich ergebende Veränderung der Verteilung ist aber nicht nennenswert. Die Lohnquote sinkt von 105 vH im vergangenen Jahr lediglich auf rund 100 vH. Eine solche Lohnquote — die westliche Relation beträgt etwa 70 vH kann sich nur ergeben, weil der Staat die Wirtschaft in Ostdeutschland mit umfangreichen Subventionen stützt und vor allem die Investitionstätigkeit in erheblichem Maße finanziell fördert.

Da das Engagement des Staates aber an finanzielle und ordnungspolitische Grenzen stößt, ist eine rasche Korrektur der Einkommensverteilung, die die Unternehmen im Ganzen in die Lage versetzt zu investieren, weiterhin eine der dringlichsten Aufgaben. Insbesondere mit Blick auf die bevorstehende Beendigung der Arbeit der Treuhandanstalt und damit auch deren direkten Engagements in vielen Verlustunternehmen ist die Verbesserung der Gewinnchancen wichtiger als je zuvor. Ändert sich die Gewinnsituation der staatlichen oder vom Staat unterstützten Unternehmen nicht, werden Länder und Gemeinden in die Rolle hineingedrängt, die bisher von der Treuhandanstalt wahrgenommen wurde. Damit steigt aber die Gefahr einer Dauersubventionierung dieser Unternehmen außerordentlich, da die Bedeutung vieler dieser Unternehmen in der regionalpolitischen Betrachtung viel größer als aus der Sicht der Treuhandanstalt ist. Die in den Regionen verantwortlichen Gremien stehen daher unter erheblichem politischen und wirtschaftlichen Druck zur Subventionierung und können dem — wie die Erfahrung in Westdeutschland zeigt — kaum standhalten.

Als schwere Hypothek für eine Korrektur der Verteilungsrelationen erweisen sich die zu Beginn des Vereinigungsprozesses abgeschlossenen Stufenanpassungspläne in einigen Branchen. Während bei den Neuabschlüssen in diesem Jahr in der Regel ein Lohnzuwachs unter dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft vereinbart wurde, liegt er in den Bereichen, in denen Altverträge eine große Rolle spielen, häufig deutlich darüber.

Sollen Länder und Gemeinden die Subventionierung von Verlustunternehmen vom nächsten Jahr an voll übernehmen, stellt sich die Frage der Stufenanpassungspläne erneut, diesmal sogar in noch größerer Schärfe. Kann es sinnvoll und gerechtfertigt sein, daß der Steuerzahler unmittelbar zur Finanzierung überdurchschnittlicher Lohnerhöhungen in Unternehmen herangezogen wird, die keine Zukunftschancen haben? Eine solche Subventionierung wäre nicht nur ungerechtfertigt im Vergleich zu den Branchen, die ein geringeres Anpassungstempo vereinbart und daher auch ohne staatliche Mittel auskommen. Die Subventionierung hochbezahlter Arbeitsplätze wäre auch eine grobe Ungleichbehandlung derjenigen, die zufälligerweise nicht in solchen geschützten Unternehmen arbeiteten und frühzeitig arbeitslos geworden waren, denn auch die Erhöhung des Arbeitslosengeldes richtet sich nach dem durchschnittlichen Lohnzuwachs.

Eine weitere staatliche Unterstützung verlustbringender Unternehmen sollte nach Auflösung der Treuhandanstalt zumindest an die Bedingung geknüpft werden, daß keine überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen vorgenommen werden. Es wäre dann — im Lichte dieser vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen — erneut Sache der Tarifparteien, zu prüfen, ob die Stufenpläne aufrechterhalten werden sollen oder nicht, bzw. in welcher Weise Öffnungsklauseln effektiver als bisher genutzt werden können. Der öffentliche Dienst sollte unter dem Durchschnitt abschlie-

ßen, er zöge dann den Durchschnitt nach unten, und schüfe damit unmittelbar bessere Voraussetzungen für eine eigenständige Investitionsdynamik in Ostdeutschland.

Geldpolitik

Die Geldmenge M3, die sich schon von April 1993 an etwas oberhalb des geldpolitischen Zielkorridors bewegt hatte, nahm zum Ende des vorigen und zum Beginn dieses Jahres ungewöhnlich stark zu. Sowohl die Sichteinlagen als auch die kürzerfristigen Termin- und Spareinlagen wurden beträchtlich aufgestockt. Eine wichtige Ursache hierfür waren steuerpolitische Vorgänge: Seit dem 1. Januar dieses Jahres werden auch die thesaurierenden ausländischen Investmentfonds der Zinsabschlagsteuer unterworfen; viele Inländer haben deshalb zuvor in beträchtlichem Umfang Anteile an solchen Investmentfonds verkauft und den Erlös vorübergehend zur Bildung von kurzfristigen Einlagen verwendet. Außerdem wird seit Jahresbeginn der Erwerb von eigengenutzten Altbauten in geringerem Maße als bisher steuerlich gefördert, so daß gegen Jahresende noch viele Kaufverträge abgeschlossen wurden; die daraufhin aufgenommenen Bankkredite schlugen sich zunächst in einer Erhöhung der Sichteinlagen nieder.

Neben diesen steuerlichen Gründen trug der Umschwung von Zinssenkungs- zu Zinssteigerungserwartungen zur Aufstockung der liquiden Anlagen bei. Offensichtlich hat auf den Finanzmärkten die Auffassung an Boden gewonnen, mit dem Ende der konjunkturellen Talfahrt habe der Anleihezins — er war bis Dezember 1993 auf das ungewöhnlich tiefe Niveau von $5\frac{1}{2}\%$ gesunken — den unteren Wendepunkt erreicht, so daß von da an zunehmend mit Zinssteigerungen und entsprechenden Kursverlusten auf den Anleihemärkten zu rechnen sei. Hinzu kam die Befürchtung, die deutschen Anleihezinsen würden wegen des internationalen Zinsverbands in den Sog des Zinsanstiegs in den USA geraten. Außerdem wurde erwartet, die Bundesbank werde wegen des daraus resultierenden Drucks auf den Wechselkurs der D-Mark ihre Zinssenkungspolitik unterbrechen. Viele Finanzmarktteilnehmer zogen sich deshalb vom Anleihemarkt zurück oder nahmen vermehrt langfristige Kredite auf Vorrat auf.

Viele empfehlen, zumal angesichts des jüngsten „Ausreißers“ in der Geldmengenentwicklung, bis zu einer Normalisierung des Zusammenhangs zwischen der Geldmenge sowie der Entwicklung von Gesamtnachfrage und Preisen auf die Ankündigung von Geldmengenzielen zu verzichten. Die Institute teilen diese Meinung nicht. Geldmengenziele zwingen die Notenbank, vor der Öffentlichkeit zu begründen, warum eine von ihr tolerierte Zielverfehlung aus ihrer Sicht nicht mit einer Gefährdung der Geldwertstabilität — entweder in inflatorischer oder in deflatorischer Richtung — einhergeht. Zudem ist ein pragmatisches Vorgehen möglich. Die Bundesbank kann prinzipiell die kurzfristigen Zinsen so steuern, als ob sie eine

potentialorientierte Mengenpolitik betriebe. Hierbei kann die Zinsstruktur im Verlaufe des Zyklus als ein Indikator für die Wirkungen der Geldpolitik dienen: In der Spätphase eines konjunkturellen Aufschwungs bildet sich eine inverse Zinsstruktur heraus, die signalisiert, daß die Geldpolitik restriktiv auf Investitionen, Produktion und Beschäftigung wirken wird und damit die Entwicklung von Löhnen und Preisen dämpft. Im konjunkturellen Abschwung wird die inverse Zinsstruktur eingeebnet und durch eine Normalisierung der Zinsstruktur abgelöst, die expansive Wirkungen der Geldpolitik anzeigt.

Die Bundesbank hat sich grundsätzlich in dieser Weise verhalten. Trotz einiger stabilitätspolitischer Bedenken hat sie die mehrmaligen Überschreitungen ihrer Geldmengenziele — aus Gründen, die auch von den Instituten geteilt worden sind — toleriert und nicht durch entsprechend niedrigere Geldmengenziele für das jeweils folgende Jahr zu kompensieren versucht. Von Herbst 1992 an hat sie, wenn auch in kleineren Schritten als von den Instituten nahegelegt, die kurzfristigen Zinsen gesenkt und damit dazu beigetragen, daß sich die Zinsstruktur normalisiert.

Für das Jahr 1994 halten die Institute mit einem Geldmengenziel von 5 bis 7 vH ebenfalls ein etwas höheres Geldmengenwachstum als die Bundesbank (4 bis 6 vH) für angemessen. Nach unserer Meinung hätte die Bundesbank bei der Berechnung des Geldmengenziels für das Jahr 1994 wie im Vorjahr von einer Zunahme des gesamtdeutschen Produktionspotentials um 3 vH ausgehen sollen. Wenn die Bundesbank angesichts der schwachen Investitionstätigkeit im vergangenen Jahr ihre Schätzung für das Potentialwachstum zurückgenommen hat, so bedeutet dies im Grunde eine Abkehr vom mittelfristig ausgerichteten Potentialkonzept. Der Rückgang der Investitionen im vergangenen Jahr ist nämlich vor allem auf die Rezession zurückzuführen. Entgegen der ursprünglichen Intention einer konjunkturellen Verstetigung reagierte somit die Geldpolitik auf die Konjunktur. Hinzu kommt, daß der Zuschlag für die trendmäßige Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit mit 1 vH zu gering bemessen ist. So sind die in die Geldmenge M3 eingehenden verzinslichen Einlagen im Verhältnis zu Anlageformen, die nicht in M3 enthalten sind, im Zuge verschiedener Innovationen attraktiver geworden. Zudem dürfte die infolge steigender Steuer- und Abgabenbelastung rascher expandierende Schattenwirtschaft die Kassenhaltung erhöhen.

In den kommenden Monaten dürfte sich die Geldmengenexpansion erheblich abschwächen; zum einen verlieren die Sonderfaktoren an Bedeutung und zum anderen bleibt der Anstieg der Geldnachfrage wegen der nur moderaten Konjunkturerholung mäßig. Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesbank auf dem Weg zu niedrigeren kurzfristigen Zinsen fortfahren. Wir erwarten, daß bei der sich dann einstellenden normalen Zinsstruktur die Geldmenge potentialgerecht ausgeweitet werden kann.

Häufig wird jedoch befürchtet, daß mit einer Fortsetzung der Zinssenkungspolitik der nach der Jahreswende ent-

standene Zinsanstieg auf dem deutschen Anleihemarkt nicht mehr überwunden, sondern eher die Vorstufe zu einem weiteren Zinsanstieg bilden würde. Hinzu kommt die Sorge, daß dabei der Wechselkurs der D-Mark mit preistreibenden Wirkungen unter Druck geraten könnte. Diese Befürchtungen gründen sich auf die Überlegung, daß das inzwischen merklich erhöhte und nach oben tendierende Zinsniveau auf dem amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt Kapital aus Westeuropa anziehen und damit das europäische — und auch das deutsche — Zinsniveau erhöhen werde; dieser Prozeß werde dadurch verstärkt, daß mit der damit einhergehenden Aufwertung des Dollars gegenüber den europäischen Währungen die Erwartung eines weiteren Dollarkursanstiegs ausgelöst würde, die den Kapitalabstrom in die USA intensivieren müßte.

Tatsächlich jedoch können sich, wie die Erfahrung zeigt, die langfristigen Zinsen in verschiedenen Regionen, zum Beispiel in den USA und in Westeuropa, durchaus unterschiedlich entwickeln. In welchem Ausmaß und zu welchen Wechselkursen dies gegenwärtig möglich ist, hängt vor allem davon ab, inwieweit es sich bei dem Zinsanstieg in den USA um eine durch verstärkte Inflationserwartungen bedingte Erhöhung handelt und inwieweit der Zinsanstieg eine Zunahme der Realzinsen, also eine Mehrnachfrage nach Kapital für Investitionszwecke, reflektiert.

Die westeuropäischen Kapitalmarktzinsen werden sich dann weitgehend von den amerikanischen abkoppeln können, wenn der Zinsanstieg in den USA überwiegend auf einer Zunahme der Inflationserwartungen beruht; denn dann wird — bei einem nach wie vor sinkenden Inflationstrend in Westeuropa — für die Finanzmarktteilnehmer das Risiko zunehmen, daß der aus dem Zinsgefälle bei Dollarkanlagen zu erzielende Gewinn durch einen Verlust aufgrund eines späteren Rückgangs des Dollarkurses kompensiert wird. Unter diesen Umständen wird der Dollarkurs unter Druck geraten. Es ist jedoch anzunehmen, daß wegen der verbesserten Konjunkturaussichten der Zinsanstieg in den USA in gewissem Umfang eine Mehrnachfrage nach Kapital für Investitionen, also auch eine Erhöhung des Realzinses, widerspiegelt. Dies wird, für sich genommen, Kapalexporte aus Europa in die USA anregen, so daß sowohl der Zinsauftrieb in den USA als auch die Zinssenkungstendenzen in Europa gedämpft werden. Inwieweit dies geschieht, hängt auch von der Wechselkursentwicklung ab. Ergäbe sich ein drastischer Anstieg des Dollarkurses, so würde die Erwartung von Dollarkursgewinnen den Prozeß der Zinsangleichung beschleunigen. Das Entstehen einer starken „eigenständigen“ Dollarkursbewegung kann sicherlich niemals ausgeschlossen werden. Gegenwärtig ist jedoch die Wahrscheinlichkeit gering, daß es zu einer Entwicklung wie im Jahr 1984 kommt, als durch überzogene Wachstumserwartungen in den USA eine Dollarhaussa hervorgerufen wurde. Derzeit spricht vieles dafür, daß der zu erwartende weitere Zinsanstieg in den USA nur einen moderaten Dollarkursanstieg auslöst. Damit dürfte sich die Entwicklung der Kapital-

marktzinsen in Europa in erheblichem Umfang von der amerikanischen abkoppeln können.

Eine andere Meinung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt die konjunkturelle Entwicklung im Verlaufe dieses Jahres in Westdeutschland anders ein als die Mehrheit der Institute und vertritt bei der Beurteilung der Finanzpolitik eine abweichende Meinung. Das DIW erwartet für das Sommerhalbjahr einen erneuten Rückschlag bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Maßgeblich für diese Einschätzung ist, daß die Anpassung des privaten Verbrauchs an die sinkenden Nettoeinkommen stärker ausfallen wird, als die Mehrheit annimmt, und daß die Ausrüstungsinvestitionen nicht schon zur Jahreswende 1993/94 ihren Tiefpunkt hatten. Der Wendepunkt der Konjunktur wird also erst in der zweiten Jahreshälfte erreicht. Im Jahresdurchschnitt wird das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr in Westdeutschland nur stagnieren, in Gesamtdeutschland lediglich um ein halbes Prozent zunehmen.

Die Entwicklung der Produktion seit Mitte vergangenen Jahres hat gezeigt, wie labil die konjunkturelle Situation ist. Waren Auftragseingänge und Produktion in der Industrie bis in den Spätsommer hinein gestiegen, so war bei der Produktion und bei den Aufträgen aus dem Inland danach wieder ein spürbarer Rückschlag zu verzeichnen. Lediglich die Zunahme der Auslandsnachfrage erwies sich als robust.

Während folglich die Ausfuhrprognosen gegenüber dem Herbst nach oben zu revidieren sind, besteht bei der Inlandsnachfrage nach Meinung des DIW Korrekturbedarf nach unten. Dies betrifft in erster Linie den privaten Verbrauch. Der Kern des Problems sind dabei die Einkommen und die Sparquote der Arbeitnehmerhaushalte. Nach der Einschätzung aller Institute wird die Netto-lohn- und -gehaltssumme — rezessionsbedingt und im Gefolge von Abgabenerhöhungen durch den Staat — in diesem Jahr um 2 vH sinken. Bei einer Zunahme der Lebenshaltungskosten von fast 3 vH ergibt sich allein hier ein Rückgang des Realeinkommens von 5 vH, für die sogenannten Mas-seneinkommen bedeutet das immerhin noch einen Rückgang von 3 vH. Die Sparquote dieser Haushalte ist wesentlich niedriger als die der Selbständigenhaushalte. Sie liegt deutlich unter 10 vH. Wer keinen Einbruch der von diesen Haushalten entfalteten Nachfrage erwartet, muß unterstellen, daß deren Sparquote sehr tief sinken wird. Das hält das DIW angesichts ungewisser Zukunftsaussichten — schlechte Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven sowie steigende Abgaben — für nicht wahrscheinlich.

Schränken somit diese Haushalte ihre Konsumausgaben stark ein, wird selbst bei der unterstellten Zunahme der Exporte die gesamtwirtschaftliche Produktion sinken, so daß die Erholung der Gewinne geringer ausfällt; dies wiederum wird die Entnahmen der Selbständigen für Kon-

sumzwecke und damit auch von dieser Seite den privaten Verbrauch drücken.

Wann es im Verlaufe des Jahres zu dieser Ausgabeneinschränkung kommt, ist nicht genau vorherzusehen. Allgemein war sie schon für das erste Quartal erwartet worden. Der private Verbrauch blieb aber recht hoch. Das mag daran gelegen haben, daß der Rückgang der Einkommen in seiner Dimension noch nicht vollständig wahrgenommen wurde. Eine Rolle mag aber auch der Anstieg der langfristigen Zinsen zu Anfang des Jahres gespielt haben, der vielfach schon als Zinswende interpretiert wurde und zum Vorziehen von kreditfinanzierten Käufen geführt haben dürfte. Daß der Rückgang des privaten Verbrauchs bisher noch ausgeblieben ist, bedeutet jedenfalls nach Meinung des DIW nicht, daß er nun nicht mehr zu erwarten wäre.

Die zweite quantitativ bedeutsame Abweichung betrifft die Prognose der gewerblichen Investitionen in Westdeutschland. Das DIW hält einen nochmaligen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 5 vH für wahrscheinlich, in dessen Gefolge auch die gewerblichen Bauten stärker sinken dürften, als von der Mehrheit unterstellt. Bei der Erklärung dieser anhaltenden Investitionsschwäche spielt zwar auch der kräftige Rückgang des privaten Verbrauchs eine Rolle, aber das ist nicht ausschlaggebend. Das DIW hatte schon in seiner abweichenden Stellungnahme vom Herbst letzten Jahres einen anderen Zusammenhang betont. Für die Vergangenheit läßt sich ein sehr stabiles Muster der Zinsstruktur und der Ausrüstungsinvestitionen beobachten. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen (gemessen im Jahresverlauf) folgt danach der Normalisierung der Zinsstruktur mit einer Verzögerung von etwa einem halben Jahr. Nachdem sich im Laufe des ersten Quartals dieses Jahres die Zinsstruktur normalisiert hat, bedeutet dies, daß die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen frühestens im Sommer 1994 beginnen wird.

Für diese Schätzung des DIW spricht, daß die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern bis zuletzt rückläufig war, obwohl es im Sommer letzten Jahres Anzeichen für eine Belebung gegeben hatte. Daß sich der Rückgang in den letzten Monaten etwas verlangsamt hat, dürfte ebenfalls auf die Irritation um die vermeintliche Zinswende Anfang Januar und die damit verbundenen Vorzieheffekte zurückzuführen sein.

Die Bedeutung der Zinsstruktur für die Investitionstätigkeit kann natürlich von kräftigen expansiven oder kontraktiven Effekten, wie sie etwa im Zuge der deutschen Vereinigung aufgetreten sind, überlagert werden. Solche Effekte sind derzeit nicht zu sehen. Die Verbrauchsschwäche auf der einen Seite und die Exportverbesserung auf der anderen dürften sich die Waage halten. Die Tatsache, daß sich die Gewinnsituation in einigen Bereichen der Wirtschaft schon verbessert hat, spricht nach Meinung des DIW nicht für eine frühzeitige Investitionsbelebung. Wie hoch die mit dem langfristigen Zins — unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Risiken — zu vergleichende

erwartete Rendite der Sachinvestitionen derzeit ist, läßt sich nicht genau sagen. Der Zusammenhang zwischen Zinsstruktur und Investitionstätigkeit zeigt aber, daß das in der jeweiligen Situation investitionsanregende Niveau des langfristigen Zinses erst dann erreicht wird, wenn er nicht nur rezessionsbedingt, also in Reaktion auf eine schwache Kapitalnachfrage der Unternehmen, zurückgeht. Vielmehr muß auch das Kapitalangebot infolge der Umschichtung von kurz- in langfristige Anlagen steigen und damit der langfristige Zins zusätzlich sinken. Der Vergleich mit früheren Rezessionen deutet darauf hin, daß die Geld- und Kapitalmarktzinsen derzeit noch kein ausreichend niedriges Niveau erreicht haben.

Das DIW vertritt auch hinsichtlich der mittelfristig einzuschlagenden Konsolidierungsstrategie für die öffentlichen Haushalte eine andere Meinung. Die Mehrheit der Institute befürwortet trotz der gegenwärtig sehr hohen öffentlichen Defizite Steuer- und Abgabesenkungen auf mittlere Sicht, weil diese „eine Vorbedingung dafür (sind), daß sich die Wirtschaft lebhaft entwickeln kann“. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird damit von den leeren Kassen und den sich im Zuge stärkeren wirtschaftlichen Wachstums ergebenden Mehreinnahmen erwartet.

Das DIW hält dagegen eine gemischte Strategie aus Steuererhöhung, Senkung der Sozialbeiträge und einer Verminderung der Ausgaben für angemessen. Bei der Konsolidierung geht es letztlich um die Verteilung der im Zuge der deutschen Vereinigung entstandenen Lasten. Ohne die Vereinigung wäre weder das öffentliche Defizit noch die Abgabenquote ähnlich hoch. Insbesondere eine Finanzierung von privatem und öffentlichem Konsum durch Kredite wäre in diesem Ausmaß nicht denkbar gewesen.

Kein Weg zur Verteilung dieser Lasten ist schmerzfrei. Legt man das Schwergewicht auf die Erhöhung von Steuern und Abgaben, muß unmittelbar vor allem die heutige Generation die Lasten tragen. Aber dann mag es die von der Mehrheit unterstellten negativen Effekte auf das Wachstum der Wirtschaft geben, wodurch auch zukünftige Generationen einen Teil der Lasten übernehmen müssen. Finanziert man die öffentlichen Transfers in erster Linie über Kredite, werden die Möglichkeiten zukünftiger Generationen wegen erhöhter Zinszahlungen unmittelbar eingeschränkt. Aber dauerhaft hohe Defizite des Staates können auch die Wachstumschancen über die Verdrängung privater Investoren am Kapitalmarkt vermindern.

Am wenigsten transparent ist die Verteilung der Lasten bei einer Strategie der Ausgabensenkung. Zu erwarten ist eine Mischung verschiedener Effekte. Der Staat kann die Sachaufwendungen reduzieren, Stellen einsparen, die Besoldung der Staatsbediensteten von der Privatwirtschaft abkoppeln, Sozialleistungen einschränken oder seine Investitionstätigkeit vermindern. Da die Kürzung von Staatsausgaben in einem politischen Abstimmungsverfahren erfolgt, ist „der Erfolg“ dort am wahrscheinlichsten, wo der Widerstand am geringsten ist. Wie die Erfahrung

Vorausschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für 1994
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Mrd. DM		Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr	
	Westdeutschland	Deutschland	Westdeutschland	Deutschland
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts				
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	—	—	—3,0	—3,0
Produktivität je Arbeitsstunde	—	—	3,5	3,5
<i>Bruttoinlandsprodukt (real)</i>	—	—	0,0	0,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1991)				
Privater Verbrauch	1 431,0	1 628,0	—1,5	—1,0
Staatsverbrauch	474,0	567,5	0,0	—0,5
Bruttoanlageinvestitionen	523,0	664,0	—1,5	1,0
Ausrüstungen	204,0	259,0	—5,0	—2,0
Bauten	319,0	405,0	0,5	3,5
Vorratsveränderung	—11,0	—12,0	—	—
Außenbeitrag	210,5	6,5	—	—
Ausfuhr	903,5	676,0 ¹⁾	4,0	4,5 ¹⁾
Einfuhr	693,5	669,5 ¹⁾	2,0	1,5 ¹⁾
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	2 627,5	2 854,5	0,0	0,5
nachrichtlich:				
Güterverwendung im Inland	2 417,0	2 848,0	—1,0	0,0
Preisentwicklung (1991 = 100)				
Privater Verbrauch	—	—	3,0	3,0
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	—	—	2,5	2,5
Verteilung des Volkseinkommens				
Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	1 527,5	1 786,0	0,0	1,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	605,5	598,5	4,5	5,5
Volkseinkommen	2 133,0	2 384,5	1,0	2,0
Nettoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	805,0	951,5	—2,0	—1,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	512,0	493,0	4,5	5,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte				
Sparquote (vH) ²⁾	1 796,0	2 069,5	1,0	1,5
	11,9	11,8	—	—
Weitere Eckdaten				
Finanzierungssaldo Staat ³⁾	—	—102,0	—	—
Beschäftigte Arbeitnehmer (Tsd. Personen)	25 440	31 030	—2,0	—2,0
Arbeitslose (Tsd. Personen)	2 645	3 855	—	—
Arbeitslosenquote (vH) ⁴⁾	8,6	10,0	—	—
¹ Um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — ²⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — ³⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ⁴⁾ Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen. <i>Quelle:</i> Schätzung des DIW, Angaben gerundet.				

zeigt, sind das die sozialen Leistungen und die öffentlichen Investitionen. Letzteres beeinträchtigt wiederum den Wachstumsprozeß und damit die Chancen zukünftiger Generationen.

Wie man es auch dreht und wendet, eindeutige Kriterien

für die Verteilung der Lasten eines einmaligen historischen Ereignisses gibt es nicht. Angemessen ist folglich nach Meinung des DIW eine Strategie, die alle Gruppen der Gesellschaft und auch die zukünftigen Generationen möglichst gleichmäßig beteiligt.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1994
WESTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁾	1993 ¹⁾	1994 ²⁾	1993 ¹⁾		1994 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,9	-1,6	-1,5	-1,3	-1,9	-2,0	-1,0
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,7	-1,4	-0,5	-1,4	-1,4	-1,0	-0,5
Arbeitsstage ³⁾	0,6	0,0	0,0	-0,1	0,1	0,5	-0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,8	-2,9	-2,0	-2,7	-3,2	-2,5	-2,0
Produktivität ⁴⁾	0,8	1,1	3,5	0,0	2,2	3,0	3,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,6	-1,9	1,0	-2,7	-1,0	1,0	1,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1510,0	1560,5	1596,0	754,2	806,2	775,5	820,5
Staatsverbrauch	500,6	506,3	513,5	234,4	271,9	237,5	276,0
Anlageinvestitionen	593,6	566,6	582,5	272,9	293,6	274,5	308,0
Ausrüstungen	257,4	219,8	223,5	106,2	113,6	103,0	120,5
Bauten	336,2	346,8	359,0	166,8	180,0	172,0	187,5
Vorratsveränderung	-4,6	-26,1	-14,0	1,4	-27,5	2,0	-16,0
Inlandsnachfrage	2599,6	2607,2	2678,5	1263,0	1344,2	1289,5	1389,0
Außenbeitrag	194,6	224,8	250,5	105,0	119,8	124,0	126,5
Ausfuhr	934,8	887,9	939,0	432,4	455,4	457,5	481,5
Einfuhr	740,2	663,1	688,5	327,4	335,6	333,5	355,0
Bruttoinlandsprodukt	2794,2	2832,0	2929,0	1368,0	1464,0	1413,5	1515,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2798,8	2820,0	2906,5	1368,2	1451,8	1407,5	1499,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	5,7	3,3	2,5	3,3	3,3	3,0	2,0
Staatsverbrauch	7,3	1,1	1,5	1,8	0,6	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	5,1	-4,6	3,0	-4,7	-4,4	0,5	5,0
Ausrüstungen	-2,1	-14,6	1,5	-15,5	-13,7	-3,0	6,0
Bauten	11,3	3,1	3,5	3,8	2,6	3,0	4,0
Inlandsnachfrage	5,4	0,3	2,5	0,2	0,4	2,0	3,5
Ausfuhr	4,7	-5,0	6,0	-6,9	-3,2	6,0	5,5
Einfuhr	2,3	-10,4	4,0	-11,5	-9,4	2,0	6,0
Bruttoinlandsprodukt	6,0	1,4	3,5	0,9	1,8	3,5	3,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	5,5	0,8	3,0	0,6	0,9	3,0	3,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1452,1	1451,5	1443,0	704,5	747,0	702,5	740,5
Staatsverbrauch	481,3	475,1	475,0	231,4	243,7	231,5	243,5
Anlageinvestitionen	571,4	531,9	536,5	257,0	274,9	253,5	283,0
Ausrüstungen	252,6	214,6	216,0	103,8	110,8	99,5	116,5
Bauten	318,8	317,4	320,5	153,2	164,1	154,0	166,5
Vorratsveränderung	-1,8	-20,9	-11,0	4,0	-24,9	4,0	-15,0
Inlandsnachfrage	2503,0	2437,7	2443,5	1196,9	1240,7	1191,5	1252,0
Außenbeitrag	173,0	188,3	208,5	88,0	100,4	103,5	105,0
Ausfuhr	925,4	869,0	903,5	424,0	444,9	443,0	461,0
Einfuhr	752,4	680,6	695,5	336,1	344,6	339,5	356,0
Bruttoinlandsprodukt	2676,0	2626,0	2652,0	1284,9	1341,1	1295,0	1357,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2680,5	2615,4	2632,0	1285,3	1330,1	1290,0	1342,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	1,7	0,0	-0,5	-0,1	0,0	-0,5	-1,0
Staatsverbrauch	3,2	-1,3	0,0	-1,7	-0,9	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	1,1	-6,9	1,0	-7,4	-6,4	-1,5	3,0
Ausrüstungen	-3,9	-15,0	0,5	-16,1	-14,1	-4,0	5,0
Bauten	5,5	-0,5	1,0	-0,5	-0,4	0,5	1,5
Inlandsnachfrage	1,5	-2,6	0,0	-3,1	-2,2	-0,5	1,0
Ausfuhr	3,7	-6,1	4,0	-8,0	-4,3	4,5	3,5
Einfuhr	3,9	-9,5	2,0	-10,2	-8,9	1,0	3,5
Bruttoinlandsprodukt	1,6	-1,9	1,0	-2,7	-1,0	1,0	1,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	1,0	-2,4	0,5	-3,0	-1,8	0,5	1,0

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1994
 noch: WESTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁾	1993 ¹⁾	1994 ²⁾	1993 ¹⁾		1994 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,0	3,4	3,0	3,5	3,3	3,0	2,5
Staatsverbrauch	4,0	2,5	1,5	3,6	1,5	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	3,9	2,5	2,0	2,9	2,1	2,0	2,0
Ausrüstungen	1,9	0,5	1,0	0,6	0,4	1,0	1,0
Bauten	5,5	3,6	2,5	4,3	3,0	2,5	2,5
Ausfuhr	1,0	1,2	1,5	1,1	1,2	1,5	2,0
Einfuhr	-1,6	-1,0	1,5	-1,5	-0,5	1,0	2,5
Bruttoinlandsprodukt	4,4	3,3	2,5	3,8	2,8	2,5	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1508,4	1527,8	1534,5	718,0	809,8	720,0	814,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1225,6	1236,4	1233,0	580,1	656,3	577,0	655,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	816,3	823,5	809,0	386,7	436,8	377,5	431,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	613,9	580,2	623,0	299,7	280,5	317,5	305,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	519,7	489,4	528,5	254,2	235,2	269,0	259,0
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	492,7	498,4	513,0	259,1	239,3	271,5	241,5
Nichtentnommene Gewinne	27,0	-9,0	15,5	-5,0	-4,1	-2,0	17,5
Volkseinkommen	2122,3	2108,0	2157,5	1017,7	1090,3	1037,5	1120,0
Abschreibungen	359,1	379,6	398,5	187,9	191,7	197,5	201,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	317,4	332,4	350,5	162,6	169,8	172,5	178,0
Bruttosozialprodukt	2798,8	2820,0	2906,5	1368,2	1451,8	1407,5	1499,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	6,0	1,3	0,5	2,6	0,2	0,5	0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	6,1	0,9	-0,5	2,2	-0,3	-0,5	0,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	0,9	-2,0	2,8	-0,7	-2,5	-1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,5	2,8	1,5	3,7	2,0	1,5	1,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,1	2,8	0,0	4,2	1,6	-0,5	0,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,2	-5,5	7,5	-8,3	-2,3	6,0	9,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,0	-5,8	8,0	-8,8	-2,4	6,0	10,0
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	4,5	1,2	3,0	-0,4	2,9	4,5	1,0
Volkseinkommen	4,6	-0,7	2,5	-0,9	-0,5	2,0	2,5
Abschreibungen	7,9	5,7	5,0	6,4	5,0	5,0	5,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	9,0	4,7	5,5	3,5	5,9	6,0	5,0
Bruttosozialprodukt	5,5	0,8	3,0	0,6	0,9	3,0	3,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	816,3	823,5	809,0	386,7	436,8	377,5	431,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	430,7	457,6	475,5	222,7	234,9	233,0	242,5
Entnahmen ⁷⁾	561,9	583,1	610,5	297,4	285,7	313,0	297,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	32,7	39,2	42,0	19,4	19,8	21,0	21,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	44,0	46,4	48,5	23,0	23,4	24,0	24,5
Verfügbares Einkommen	1732,3	1778,6	1804,5	864,3	914,3	878,0	926,5
Privater Verbrauch	1510,0	1560,5	1596,0	754,2	806,2	775,5	820,5
Ersparnis	222,2	218,1	208,5	110,1	108,0	103,0	105,5
Sparquote ⁹⁾	12,8	12,3	11,5	12,7	11,8	11,5	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	0,9	-2,0	2,8	-0,7	-2,5	-1,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	7,3	6,3	4,0	6,5	6,0	4,5	3,5
Entnahmen ⁷⁾	4,7	3,8	4,5	2,4	5,3	5,0	4,0
Verfügbares Einkommen	5,0	2,7	1,5	3,1	2,3	1,5	1,5
Privater Verbrauch	5,7	3,3	2,5	3,3	3,3	3,0	2,0
Ersparnis	0,0	-1,8	-4,5	1,6	-5,1	-6,5	-2,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1994
OSTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁰⁾	1993 ¹⁰⁾	1994 ²⁾	1993 ¹⁰⁾		1994 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-12,1	-3,4	-1,0	-4,0	-2,8	-1,0	-0,5
Arbeitszeit (arbeitstätig)	10,1	0,7	-0,5	1,4	0,0	-0,5	-0,5
Arbeitstage ³⁾	0,6	0,1	-0,5	-0,1	0,4	0,5	-1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-2,7	-2,6	-1,5	-2,7	-2,4	-1,5	-2,0
Produktivität ⁴⁾	12,7	10,0	9,0	9,8	10,1	9,0	9,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	9,7	7,1	7,5	6,8	7,4	7,5	7,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	212,0	232,3	243,0	112,3	119,9	117,5	125,0
Staatsverbrauch	105,8	116,3	121,0	51,8	64,5	54,5	66,5
Anlageinvestitionen	115,6	139,2	163,5	64,8	74,4	78,0	86,0
Ausrüstungen	47,2	51,7	57,5	24,0	27,7	27,0	30,5
Bauten	68,4	87,5	106,0	40,8	46,7	51,0	55,0
Vorratsveränderung	-2,4	0,2	-2,0	-0,4	0,6	1,0	-3,0
Inlandsnachfrage	431,1	487,9	525,5	228,5	259,5	251,0	274,5
Außenbeitrag	-197,6	-212,4	-216,5	-101,8	-110,6	-108,0	-108,5
Ausfuhr	53,5	52,7	59,5	24,7	28,0	27,5	32,0
Einfuhr	251,1	265,1	276,0	126,5	138,6	135,5	140,5
Bruttoinlandsprodukt	233,4	275,5	309,5	126,6	148,9	143,5	166,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	245,3	286,8	320,5	132,1	154,7	148,5	171,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	18,2	9,5	4,5	11,0	8,2	4,5	4,5
Staatsverbrauch	23,6	9,9	4,5	16,2	5,3	5,5	3,0
Anlageinvestitionen	32,6	20,3	17,5	18,6	21,9	20,0	15,5
Ausrüstungen	12,9	9,3	11,5	7,4	11,0	12,0	10,5
Bauten	50,8	28,0	21,5	26,4	29,4	25,0	18,0
Inlandsnachfrage	22,4	13,2	7,5	13,5	12,9	10,0	6,0
Ausfuhr	14,1	-1,5	13,5	-5,3	2,2	12,5	14,0
Einfuhr	15,1	5,6	4,0	3,0	8,0	7,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	29,1	18,0	12,5	21,1	15,6	13,0	11,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	29,0	17,0	11,5	20,0	14,5	12,5	11,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	192,5	195,5	197,0	94,6	100,9	95,5	101,5
Staatsverbrauch	91,7	94,1	94,5	43,7	50,5	44,0	50,5
Anlageinvestitionen	108,1	125,0	142,0	58,4	66,6	68,0	74,5
Ausrüstungen	46,3	50,1	55,0	23,3	26,8	26,0	29,5
Bauten	61,8	74,9	87,0	35,1	39,8	42,0	45,0
Vorratsveränderung	-0,6	0,7	-1,5	-0,4	1,1	1,5	-3,0
Inlandsnachfrage	391,8	415,3	432,0	196,3	219,0	209,0	223,0
Außenbeitrag	-193,4	-202,8	-204,0	-97,2	-105,7	-102,0	-102,0
Ausfuhr	52,9	52,4	58,5	24,5	27,8	27,5	31,5
Einfuhr	246,3	255,2	262,5	121,7	133,5	129,5	133,0
Bruttoinlandsprodukt	198,4	212,5	228,0	99,1	113,4	106,5	121,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	209,7	222,6	237,5	104,1	118,5	111,0	126,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,3	1,5	0,5	2,9	0,3	1,0	0,5
Staatsverbrauch	7,2	2,6	0,0	2,6	2,7	0,5	0,0
Anlageinvestitionen	24,0	15,6	13,5	13,5	17,6	16,0	11,5
Ausrüstungen	10,8	8,2	10,0	6,2	10,0	11,0	9,0
Bauten	36,2	21,2	16,0	18,9	23,3	19,5	13,0
Inlandsnachfrage	11,2	6,0	4,0	4,7	7,3	6,5	2,0
Ausfuhr	12,9	-1,0	12,0	-5,2	2,9	11,0	13,0
Einfuhr	12,9	3,6	3,0	0,9	6,2	6,5	0,0
Bruttoinlandsprodukt	9,7	7,1	7,5	6,8	7,4	7,5	7,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	10,3	6,2	6,5	6,0	6,3	6,5	6,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1994
 noch: OSTDEUTSCHLAND

	1992 ¹⁰⁾	1993 ¹⁰⁾	1994 ²⁾	1993 ¹⁰⁾		1994 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	10,1	7,9	4,0	7,9	7,8	4,0	4,0
Staatsverbrauch	15,4	7,1	4,0	13,2	2,6	5,5	3,0
Anlageinvestitionen	7,0	4,1	3,5	4,5	3,7	3,5	3,5
Ausrüstungen	2,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,0	1,5
Bauten	10,7	5,6	4,5	6,3	4,9	4,5	4,5
Ausfuhr	1,0	-0,4	1,0	-0,1	-0,7	1,0	1,5
Einfuhr	1,9	1,9	1,0	2,1	1,7	0,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	17,6	10,2	4,5	13,4	7,6	5,0	4,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	223,0	241,8	258,0	111,8	130,0	121,0	137,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	186,6	202,5	214,5	93,6	109,0	100,5	114,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	131,5	142,0	146,5	66,3	75,7	69,0	77,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-25,0	-12,8	-4,5	-6,8	-5,9	-4,5	0,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-35,2	-21,9	-16,5	-10,4	-11,5	-10,0	-6,5
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	9,6	7,5	3,5	7,2	0,4	4,5	-1,0
Nichtentnommene Gewinne	-44,9	-29,5	-20,5	-17,6	-11,9	-14,5	-6,0
Volkseinkommen	198,0	229,1	254,0	105,0	124,1	116,0	137,5
Abschreibungen	38,3	45,2	51,0	21,7	23,5	25,0	26,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	9,0	12,6	15,5	5,5	7,1	7,5	8,0
Bruttosozialprodukt	245,3	286,8	320,5	132,1	154,7	148,5	171,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	20,1	8,4	7,0	11,2	6,1	8,0	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	19,7	8,5	6,0	11,2	6,4	7,5	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	12,0	8,0	3,0	9,7	6,6	4,5	2,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	35,8	13,2	8,0	16,7	10,3	9,5	6,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	27,1	12,6	5,0	15,1	10,5	6,5	3,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	—	—	—	—	—	—	—
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	—	—	—	—	—	—	—
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	—	—	—	—	—	—	—
Volkseinkommen	23,4	15,7	11,0	18,9	13,1	10,5	11,0
Abschreibungen	25,1	18,1	13,0	19,2	17,1	15,0	10,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	—	—	—	—	—	—	—
Bruttosozialprodukt	29,0	17,0	11,5	20,0	14,5	12,5	11,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	131,5	142,0	146,5	66,3	75,7	69,0	77,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	93,0	108,4	116,5	51,8	56,7	56,0	60,0
Entnahmen ⁷⁾	27,8	23,3	24,0	13,8	9,5	13,5	10,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	4,4	6,5	8,0	3,0	3,5	4,0	4,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	3,7	5,2	5,5	2,5	2,7	2,5	3,0
Verfügbares Einkommen	244,2	262,0	273,5	126,3	135,7	132,0	141,0
Privater Verbrauch	212,0	232,3	243,0	112,3	119,9	117,5	125,0
Ersparnis	32,2	29,8	30,5	14,0	15,8	14,5	16,0
Sparquote ⁹⁾	13,2	11,4	11,0	11,1	11,6	11,0	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	12,0	8,0	3,0	9,7	6,6	4,5	2,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	29,4	16,6	7,0	16,7	16,6	8,5	6,0
Entnahmen ⁷⁾	196,7	-16,2	3,5	4,2	-34,7	-3,0	12,5
Verfügbares Einkommen	26,0	7,3	4,5	10,6	4,4	4,5	4,0
Privater Verbrauch	18,2	9,5	4,5	11,0	8,2	4,5	4,5
Ersparnis	122,8	-7,5	3,0	7,0	-17,5	4,0	2,0

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1994
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1992 ¹⁾ 10)	1993 ¹⁾ 10)	1994 ²⁾	1993 ¹⁾ 10)		1994 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-1,7	-1,9	-1,5	-1,8	-2,1	-2,0	-1,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	1,3	-1,0	-0,5	-0,9	-1,2	-0,5	-0,5
Arbeitsstage ³⁾	0,6	0,1	0,0	-0,1	0,2	0,5	-0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,2	-2,9	-2,0	-2,7	-3,0	-2,0	-2,0
Produktivität ⁴⁾	1,9	1,7	3,5	0,6	2,7	3,5	4,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,1	-1,2	1,5	-2,1	-0,4	1,5	1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1722,1	1792,7	1839,0	866,6	926,2	893,0	946,0
Staatsverbrauch	606,4	622,6	635,0	286,2	336,4	292,0	343,0
Anlageinvestitionen	709,2	705,7	746,5	337,7	368,0	352,5	394,0
Ausrüstungen	304,6	271,5	281,0	130,2	141,3	129,5	151,5
Bauten	404,6	434,3	465,5	207,5	226,7	222,5	242,5
Vorratsveränderung	-7,0	-25,9	-16,0	1,0	-26,9	3,0	-19,0
Inlandsnachfrage	3030,7	3095,1	3204,0	1491,5	1603,7	1540,5	1663,5
Außenbeitrag	-3,0	12,4	34,0	3,2	9,3	16,5	18,0
Ausfuhr ¹¹⁾	718,0	654,8	698,0	320,8	333,9	338,0	360,0
Einfuhr ¹¹⁾	721,0	642,4	664,0	317,7	324,7	321,5	342,5
Bruttoinlandsprodukt	3027,6	3107,5	3238,0	1494,6	1612,9	1557,0	1681,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3044,1	3106,8	3226,5	1500,3	1606,5	1556,0	1670,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,1	4,1	2,5	4,3	3,9	3,0	2,0
Staatsverbrauch	9,8	2,7	2,0	4,1	1,4	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	8,8	-0,5	6,0	-1,0	-0,1	4,5	7,0
Ausrüstungen	0,0	-10,9	3,5	-12,1	-9,8	-0,5	7,0
Bauten	16,5	7,3	7,0	7,6	7,1	7,5	7,0
Inlandsnachfrage	7,5	2,1	3,5	2,0	2,3	3,5	3,5
Ausfuhr ¹¹⁾	0,8	-8,8	6,5	-10,3	-7,3	5,5	8,0
Einfuhr ¹¹⁾	0,8	-10,9	3,5	-11,7	-10,1	1,0	5,5
Bruttoinlandsprodukt	7,5	2,6	4,0	2,4	2,9	4,0	4,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	7,0	2,1	4,0	2,0	2,1	3,5	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1644,6	1647,0	1640,0	799,1	847,9	798,0	842,0
Staatsverbrauch	573,0	569,2	569,5	275,1	294,1	275,0	294,0
Anlageinvestitionen	679,5	656,9	678,5	315,4	341,5	321,5	357,0
Ausrüstungen	298,9	264,7	271,0	127,1	137,6	125,5	145,5
Bauten	380,6	392,2	407,5	188,4	203,9	196,0	211,5
Vorratsveränderung	-2,4	-20,2	-12,5	3,6	-23,7	5,5	-18,0
Inlandsnachfrage	2894,7	2853,0	2875,5	1393,2	1459,8	1400,5	1475,0
Außenbeitrag	-20,3	-14,5	4,5	-9,2	-5,3	1,0	3,5
Ausfuhr ¹¹⁾	713,2	645,6	676,0	317,2	328,4	329,0	347,0
Einfuhr ¹¹⁾	733,6	660,1	671,5	326,4	333,6	328,0	343,5
Bruttoinlandsprodukt	2874,4	2838,5	2880,0	1384,0	1454,5	1401,5	1478,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2890,2	2838,0	2869,5	1389,4	1448,6	1401,0	1468,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,3	0,1	-0,5	0,2	0,1	0,0	-0,5
Staatsverbrauch	3,8	-0,7	0,0	-1,1	-0,3	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	4,2	-3,3	3,5	-4,2	-2,5	2,0	4,5
Ausrüstungen	-1,9	-11,4	2,5	-12,7	-10,2	-1,0	6,0
Bauten	9,5	3,1	4,0	2,6	3,5	4,0	4,0
Inlandsnachfrage	2,7	-1,4	1,0	-2,0	-0,9	0,5	1,0
Ausfuhr ¹¹⁾	0,1	-9,5	4,5	-10,9	-8,1	3,5	5,5
Einfuhr ¹¹⁾	2,6	-10,0	1,5	-10,4	-9,7	0,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	2,1	-1,2	1,5	-2,1	-0,4	1,5	1,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	1,6	-1,8	1,0	-2,4	-1,2	1,0	1,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1994
 noch: **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

	1992 ¹⁾ 10)	1993 ¹⁾ 10)	1994 ²⁾	1993 ¹⁾ 10)		1994 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	4,0	3,0	4,0	3,9	3,0	3,0
Staatsverbrauch	5,8	3,4	2,0	5,3	1,7	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	4,4	2,9	2,5	3,3	2,5	2,5	2,5
Ausrüstungen	1,9	0,6	1,0	0,7	0,5	1,0	1,5
Bauten	6,3	4,1	3,0	4,8	3,5	3,0	3,0
Ausfuhr ¹¹⁾	0,7	0,8	2,0	0,6	0,9	1,5	2,0
Einfuhr ¹¹⁾	-1,7	-1,0	1,5	-1,5	-0,5	1,0	2,5
Bruttoinlandsprodukt	5,3	3,9	2,5	4,6	3,3	3,0	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1731,4	1769,6	1792,5	829,8	939,9	840,5	952,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1412,1	1438,9	1447,5	673,6	765,3	677,5	770,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	947,8	965,5	955,5	453,0	512,5	446,5	509,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	588,9	567,4	618,5	292,9	274,6	313,0	305,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	484,4	467,5	511,5	243,7	223,7	259,5	252,5
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	502,3	505,9	516,5	266,3	239,6	276,0	240,5
Nichtentnommene Gewinne	-17,9	-38,5	-5,0	-22,6	-15,9	-17,0	12,0
Volkseinkommen	2320,3	2337,1	2411,0	1122,7	1214,4	1153,5	1257,5
Abschreibungen	397,3	424,8	449,5	209,6	215,2	222,5	227,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	326,4	345,0	366,0	168,0	177,0	180,0	186,0
Bruttosozialprodukt	3044,1	3106,8	3226,5	1500,3	1606,5	1556,0	1670,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,6	2,2	1,5	3,7	0,9	1,5	1,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,7	1,9	0,5	3,4	0,6	0,5	0,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,6	1,9	-1,0	3,7	0,3	-1,5	-0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	10,0	4,3	2,5	5,6	3,2	3,0	2,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	8,0	4,2	0,5	5,9	2,9	0,5	0,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,3	-3,6	9,0	-6,9	0,1	7,0	11,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-0,2	-3,5	9,5	-7,5	1,3	6,5	13,0
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	5,0	0,7	2,0	-1,2	2,9	3,5	0,5
Volkseinkommen	5,9	0,7	3,0	0,7	0,7	3,0	3,5
Abschreibungen	9,3	6,9	6,0	7,6	6,2	6,0	5,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	12,4	5,7	6,0	4,6	6,7	7,0	5,0
Bruttosozialprodukt	7,0	2,1	4,0	2,0	2,1	3,5	4,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	947,8	965,5	955,5	453,0	512,5	446,5	509,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	523,6	566,1	592,0	274,5	291,6	289,0	303,0
Entnahmen ⁷⁾	589,7	606,4	634,5	311,1	295,2	326,5	308,0
Zinsen auf Konsumentenschulden	37,1	45,7	50,0	22,4	23,3	25,0	25,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	47,6	51,6	54,0	25,6	26,0	27,0	27,5
Verfügbares Einkommen	1976,5	2040,7	2078,0	990,7	1050,0	1010,5	1067,5
Privater Verbrauch	1722,1	1792,7	1839,0	866,6	926,2	893,0	946,0
Ersparnis	254,4	247,9	239,0	124,1	123,8	117,5	121,5
Sparquote ⁹⁾	12,9	12,1	11,5	12,5	11,8	11,5	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	5,6	1,9	-1,0	3,7	0,3	-1,5	-0,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	10,6	8,1	4,5	8,3	7,9	5,5	4,0
Entnahmen ⁷⁾	8,0	2,8	4,5	2,4	3,2	5,0	4,5
Verfügbares Einkommen	7,2	3,2	2,0	4,0	2,5	2,0	1,5
Privater Verbrauch	7,1	4,1	2,5	4,3	3,9	3,0	2,0
Ersparnis	7,5	-2,6	-3,5	2,2	-6,9	-5,5	-1,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1994
 noch: **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

	1992 ¹⁾ 10)	1993 ¹⁾ 10)	1994 ²⁾	1993 ¹⁾ 10)		1994 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹²⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	755,4	771,2	808,5	365,9	405,4	388,0	420,0
Sozialbeiträge	560,9	594,7	630,0	282,8	311,9	300,0	329,5
Erwerbseinkünfte	50,7	49,5	54,0	28,7	20,8	34,5	19,5
Sonstige Übertragungen ¹¹⁾	38,6	37,2	40,0	18,8	18,4	20,0	20,0
Vermögensübertragungen ¹¹⁾ , Abschreibungen	32,8	35,1	36,5	17,1	18,0	18,0	19,0
Einnahmen insgesamt	1438,3	1487,7	1569,0	713,3	774,4	760,5	808,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	606,4	622,6	635,0	286,2	336,4	292,0	343,0
Zinsen	101,1	104,2	122,0	51,2	53,1	60,0	62,0
Laufende Übertragungen an	667,7	721,3	763,5	347,2	374,1	370,0	393,5
Private Haushalte	544,1	597,8	631,0	290,1	307,7	308,5	322,5
Unternehmen	69,5	68,8	72,0	30,3	38,6	31,5	40,0
Übrige Welt ¹¹⁾	54,1	54,6	61,0	26,9	27,8	30,0	31,0
Vermögensübertragungen ¹¹⁾	56,8	55,8	62,5	21,7	34,1	24,0	38,5
Bruttoinvestitionen	84,9	85,6	86,0	38,2	47,4	38,5	47,5
Ausgaben insgesamt	1516,8	1589,5	1669,0	744,5	845,0	784,5	884,5
Finanzierungssaldo	-78,5	-101,8	-100,0	-31,2	-70,6	-24,0	-76,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	9,4	2,1	5,0	0,7	3,4	6,0	3,5
Sozialbeiträge	9,3	6,0	6,0	7,6	4,6	6,0	5,5
Erwerbseinkünfte	31,4	-2,4	9,5	-4,1	0,1	20,0	-5,0
Sonstige Übertragungen ¹¹⁾	18,9	-3,7	7,5	11,5	-15,5	5,5	9,5
Vermögensübertragungen ¹¹⁾ , Abschreibungen	9,0	7,1	4,5	10,3	4,2	4,5	4,5
Einnahmen insgesamt	10,3	3,4	5,5	3,6	3,2	6,5	4,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	9,8	2,7	2,0	4,1	1,4	2,0	2,0
Zinsen	30,3	3,1	17,0	9,8	-2,6	17,0	17,5
Laufende Übertragungen an	6,5	8,0	6,0	7,4	8,6	6,5	5,5
Private Haushalte	11,1	9,9	5,5	9,6	10,1	6,5	5,0
Unternehmen	-6,7	-0,9	4,5	-3,9	1,6	4,5	4,0
Übrige Welt ¹¹⁾	-13,5	0,9	11,5	-1,0	2,9	11,0	11,5
Vermögensübertragungen ¹¹⁾	-11,9	-1,7	12,0	2,1	-3,9	11,5	12,0
Bruttoinvestitionen	14,0	0,8	0,5	1,1	0,7	1,0	0,5
Ausgaben insgesamt	8,7	4,8	5,0	5,8	3,9	5,5	4,5

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1994, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ³⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — ⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — ⁶⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁷⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁸⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich -versicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ⁹⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — ¹⁰⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1994, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie Berechnungen der beteiligten Institute; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ¹¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — ¹²⁾ Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds, Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds und Sozialversicherung.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 131 **Die feinkeramische Industrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 354 S. 1992. DM 112,—.
- Heft 132 **Ökologische Sanierung und wirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern.** — Ökologisches Sanierungskonzept Leipzig / Bitterfeld / Halle / Merseburg. Von Heike Belitz, Jürgen Blazejczak, Martin Gornig, Michael Kohlhaas, Erika Schulz, Thomas Seidel und Dieter Vesper unter Mitarbeit von Rainer Lüdigk. 177 S. 1992. DM 78,—.
- Heft 133 **Die Entwicklung des Wettbewerbs auf den Hörfunk- und Fernsehmärkten in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Wolfgang Seufert. 205 S. 1992. DM 88,—.
- Heft 134 **Ermittlung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 299 S. 1992. DM 108,—.
- Heft 135 **Produktion und Produktionsfaktoren für Ostdeutschland. Kennziffern 1980 -1991.** Von Bernd Görzig. 131 S. 1992. DM 74,—.
- Heft 136 **Strukturwandel im Prozeß der deutschen Vereinigung — Analyse der strukturellen Entwicklung.** Von Frank Stille u. a. 270 S. 1992. DM 104,—.
- Heft 137 **Die Entwicklung des Straßenverkehrs in der Volksrepublik China bis zum Jahr 2000 — Chinesisch-deutsche Forschungsarbeit.** Teil I: Von Gerd Bahm u. a. Teil II: Von Hartmut Kuhfeld, Werner Rothengatter, Ulrich Voigt u. a. 593 S. 1992. DM 164,—.
- Heft 138 **Beschäftigungswirkungen von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen — Eine sektorale und gesamtwirtschaftliche Untersuchung.** Von Gustav A. Horn. 204 S. 1993. DM 88,—.
- Heft 139 **Zugang zu Bildung, Bildungsbeteiligung und Ausgaben für Bildung — Entwicklungen im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Friederike Behringer und Wolfgang Jeschek. 214 S. 1993. DM 92,—.
- Heft 140 **Wirkungen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland.** Von Kornelia Hagen, Volker Meinhardt, Wolfgang Scheremet, Angela Scherzinger. 170 S. 1993. DM 84,—.
- Heft 141 **Die Reform der EG-Strukturfonds von 1988 — Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung aus deutscher Sicht.** Von Fritz Franzmeyer, Bernhard Seidel, Christian Weise. 140 S. 1993. DM 78,—.
- Heft 142 **Strukturelle Anpassungsprozesse in der Region Berlin-Brandenburg.** Von Kurt Geppert, Thomas Seidel, und Kathleen Toepel. 351 S. 1993. DM 152,—.
- Heft 143 **Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltgruppen und Einkommensgrößenklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Dietmar Dathe, Ruth Grunert, Volker Meinhardt, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann. 193 S. 1993. DM 106,—.
- Heft 144 **Modellrechnung zu den steuerlichen Effekten des Wohnungsbaus mit Bezug auf globale Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik.** Von Bernd Bartholmai. 95 S. 1993. DM 82,—.
- Heft 145 **Die Bedeutung des internationalen Dienstleistungshandels für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Herbert Lahmann, Siegfried Schultz und Christian Weise. 311 S. 1993. DM 158,—.
- Heft 146 **Analyse der direkten und indirekten Förderungseffekte für einen Wohnungsbaujahrgang am Beispiel Hamburgs.** Von Bernd Bartholmai. 110 S. 1993. DM 88,—.
- Heft 147 **Finanzielle und finanzpolitische Konsequenzen eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 138 S. 1993. DM 96,—.
- Heft 148 **Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu den Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert.** Von Rolf Krenzel. 124 S. 1994. DM 98,—.
- Heft 149 **Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern.** Von Heinz Enderlein, Uwe Kunert und Heike Link. 178 S. 1994. DM 114,—.
- Heft 150 **Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000.** Von Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz. 114 S. 1994. DM 98,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bader. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. DM 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. DM 88,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Wolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (030) 7 90 00 60.
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304